

Tarantel

Nr. 66
September
III/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



**Bundestreffen der Ökologischen Plattform
Zur Begründung der marxistischen Ökologie durch Friedrich
Engels**

**Agrotreibstoffboom verstärkt den Hunger
Eine Handvoll Venus oder
Von der Turbokonsumgesellschaft zur Ökologischen
Wertegemeinschaft**

Liebe MitstreiterInnen,

inzwischen neigt sich der Sommer. Das Bundestreffen im Milower Land war eine gelungene Veranstaltung, die den Teilnehmern neuen Anstoß und Elan für das weitere Wirken in der Partei hinsichtlich unserer Zielstellungen in der Plattform gab: Es genügt eben nicht, nur in theoretischen Programmen und Papieren neben den „roten“ auch „grüne“ Gedanken einfließen zu lassen, sondern vor allem auch in der praktischen Politik und im nach außen sichtbaren Wirken unserer Politiker muss eine klare ökologische Position deutlich werden.

Und dort hapert es nach wie vor sehr - jüngstes Beispiel ist da die Position der linken Minister in Brandenburg vor allem zur Braunkohle. Weiter unten kann man dies im Bericht zum Bundestreffen nachlesen.

Und was soll man dazu noch sagen, wenn selbst unser Ex-Umweltminister W. Methling, wie in der letzten Tarantel zu lesen, die Ökologische Plattform als manchmal zu „radikal“ bezeichnet? ...

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg fanden Wahlen statt. Natürlich wünschten wir unserer Partei viele Stimmen. Aber es war kaum realistisch, Zuwächse zu erwarten. Zu angepasst scheinen inzwischen die meisten maßgeblichen Genossen. Doppelfunktionen sind inzwischen die Regel statt die Ausnahme. Und wer immer in der gleichen Position sitzt, verliert den Kontakt zur Basis. Ohne zeitliche Begrenzung von Funktionen und Mandaten bleibt wenig Hoffnung, dass DIE LINKE langfristig nicht in den Mühen der parlamentarischen und politischen Ebenen scheitert. Was nützt uns ggf. ein Mitregieren, wenn dann die meisten Hoffnungen auf Veränderungen enttäuscht werden und sich weitere linke Wähler abwenden?

Aber eine linke soziale und ökologische Bewegung wird mehr den je gebraucht!

Also kämpfen wir weiter!

Einladung zur Tagung “Speicherung erneuerbarer Energie im Land Brandenburg und Mecklenburg/Vorpommern“

Datum: 15.11.2014

10.00 - 16.00 Uhr

Ort: Märkisches Ausstellungs- und Freizeitzentrum (MAFZ),

Gartenstr. 1 – 3, Paaren-Glien

Veranstalter:

Ökologische Plattform bei der LINKEN,
LAG Umwelt der LINKEN im Land Brandenburg,
Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.

Themenschwerpunkte:

- EEG-Novelle und ihre Auswirkungen auf die Energiewende
- Speicherbedarf für Erneuerbare Energien bei Vollversorgung mit EE
- Batteriespeicher, Kleinwindanlagen und PV für Privathaushalte
- Batteriespeicher
- Erneuerbare Energien im Mix (Wind, Photovoltaik, Biogas) zur Versorgung des ländlichen Raumes in Brandenburg an Beispielen
- Ringwallspeicher

- Tagebauspeicher u.a.
- Power-to-gas-Technologie
- Finanzierung von Speichern und Wirtschaftlichkeit
- Förderung von Speichern durch Bund und Land

Ziel der Veranstaltung:

Wissensvermittlung, Vorstellung des Stands der Technik, Darstellung verschiedener Technologien, Informationsaustausch, Motivation, Netzwerkherstellung, Finanzierungsratschläge.**Zielgruppen:**

Amts- und Verantwortungsträger/innen, Verwaltungen, Landwirte, Bürger/innen, Gewerbetreibende, Gemeinden, Institute, Nichtregierungsorganisationen, Parteimitglieder und Funktionäre

Diskussion:

EE-Szenarien, Energieautarkie, regionale Versorgung mit Strom, notwendiger und sinnvoller Ausbau von Speichern und Netzen

Bundestreffen der Ökologischen Plattform im Milower Land

Manfred Wolf

Der Sprecherrat nutzte gern das Angebot der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der LINKEN in Brandenburg, das Bundestreffen 2014 in ihrem Bundesland durchzuführen. Das Angebot war auch deshalb für uns besonders erfreulich, da die LINKE hier Regierungspartei ist und mit Anita Tack auch das Ministeramt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz besetzt hat. Anita Tack hatte sich bereit erklärt, auf unserem Treffen zu sprechen. Was konnte günstiger für eine umfassende Information und breite Diskussion zur gegenwärtigen Umweltpolitik und dabei entstehende und existierende Umweltprobleme in diesem Bundesland sein?

Dass sich die Sache dann etwas anders als erhofft gestaltete, hing mit der Haltung der Minister der LINKEN in der Brandenburger Regierung zusammen, die sich am 3.6.2014 in der Regierungssitzung entgegen der eindeutigen Beschlusslage in der LINKEN für die weitere Vorbereitung des Neuaufschlusses des Braunkohletagebaus Welzow Süd II entschieden. Anita Tack zog es wohl auch deshalb vor, ihren Auftritt bei uns abzusagen.

Die Staatssekretärin in ihrem Ministerium, Genossin Almuth Hartwig-Tiedt, übernahm den Part. Wir sind ihr dafür besonders dankbar, da sie ja auch wissen konnte, dass sie, wenn auch an der Abstimmung in der Regierung nicht beteiligt, nun von einem Treffen der Ökologen in der Partei vornehmlich Unwillen und Unverständnis für das Verhalten der LINKEN-Minister entgegennehmen durfte.

Denn bereits vor und besonders nach der betreffenden Sitzung der Regierung in Brandenburg gab es Proteste, Äußerungen des Unwillens und Unverständnisses von umweltbewussten Bürgerinnen und Bürgern, Bewegungen, Vereinen, Initiativen, besonders aber auch aus der Partei die LINKE selbst, die sich enttäuscht von der Haltung der Brandenburger Minister zeigten. So bedauerte die LAG Umwelt der LINKEN in Brandenburg in einer Pressemitteilung am 2.6. die bevor-

stehende Entscheidung der Ministerinnen und Minister der LINKEN zum Tagebau Welzow Süd II. Die Entscheidung bedeute einen „Rückschritt auf dem Weg zu einer modernen Energie- und Klimapolitik“. Das Ziel, bis 2040 aus der Braunkohle-Verstromung auszusteigen, werde damit als nicht mehr einhaltbar angesehen.

Es ist schade, dass sich die Diskussion zum Vortrag von Staatssekretärin Hartwig-Tiedt auf dem Bundestreffen dann wenig mit anderen, erfolgreicherem Teilen der Brandenburger Umweltpolitik befasste, wie u.a. die Arbeit zur Nachhaltigkeitsstrategie, zu Naturparks, Moorschutz, biologischer Vielfalt und Artenschutz.

Auch in der Frage der Massentierhaltung hätten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens ein kritischeres Agieren der LINKEN in Brandenburg gewünscht.

Selbstverständlich wussten die Anwesenden auch, dass sich Regierungsverantwortung, wie im Vortrag dargelegt, als permanenter Kompromiss vollzieht und die LINKE in der Regierung in der Minderheit ist. Dennoch waren sie der Meinung, dass sie als Vertreter der Plattform auch öffentlich ihre ablehnende Haltung zu weiteren Neuaufschlüssen von Braunkohle-Tagebauen klarmachen sollten. Die entsprechende Erklärung ist seit Juni auf der Website der Plattform zu lesen und in dieser Ausgabe der „Tarantel“ abgedruckt.

Im weiteren Verlauf der Tagung nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Vorhaben des Parteivorstandes der LINKEN, im nächsten Jahr eine Zukunftskonferenz durchzuführen, zur Kenntnis. Sie unterstützten die Absicht des Koordinierungsrats und des Sprecherrats, die Anliegen des sozial-ökologischen Umbaus möglichst umfassend in diese Konferenz einzubringen und entsprechende Konzeptionen dafür vorzubereiten.

Gemäß der Satzung der Ökologischen Plattform standen in diesem Jahr wieder die Wahlen zum Koordinierungsrat und zum Sprecherrat an. Dabei sprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens der bisherigen Beset-

In eigener Sache

zung beider Leitungsgremien ihr Vertrauen auch für die Arbeit in den nächsten zwei Jahren aus.

Was leider aus Zeitmangel etwas zu kurz kam, auf diesem Treffen aber natürlich angesagt war, war eine gebührende Würdigung der Arbeit der Plattform in der Zeit ihres 20-jährigen Bestehens. Deshalb sollen hier von dem, was eigentlich gesagt werden sollte, einige Gedanken nachgeholt werden:

Da wäre zunächst die Frage zu beantworten, wie sich die dringenden ökologischen Aufgaben unserer Zeit in den programmatischen Dokumenten und der Politik unserer Partei widerspiegeln. Denn mit der Aufgabenstellung, diese Richtung in der Politik der Partei zu stärken, haben wir die Plattform gegründet.

Hier soll kein akribischer Nachweis darüber, wie der „grüne Faden“ in der Politik der Partei von Jahr zu Jahr stärker geworden ist, erbracht werden. Allgemein darf man aber durchaus sagen, dass dieser Faden stärker geworden ist, und dass das Verständnis in der Partei als Ganzes für die ökologischen Fragen gewachsen ist, dass sich bestimmte Auffassungen heute von früheren daher merkbar unterscheiden.

Für letztere Feststellung soll nur eine Entwicklung angeführt werden: Während wir zu Beginn unserer Arbeit mit der Auffassung „gegen planloses Wirtschaftswachstum“ ziemlich allein dastanden, insbesondere gegen Ökonomen, haben wir jetzt den „Plan B“ des sozial-ökologischen Umbaus aus der Bundestagsfraktion, maßgeblich entwickelt von der Ökonomie-Gruppe der Fraktion.

Der Hinweis auf „Plan B“ soll auch zeigen, dass zu einer positiven Entwicklung der Partei in Fragen der Ökologie viele Mitstreiter beigetragen haben, insbesondere die zuständigen Genossinnen und Genossen in den Fraktionen und seit ihrer Gründung im Jahre 2002 auch in der BAG Umwelt, Energie, Verkehr.

Bei aller Freude, bei allem Respekt für diese Entwicklung, zu der die Plattform ihren Beitrag geleistet hat, müssen wir aber erkennen:

- Die PDS/LINKE hat mit ihren jeweiligen ökologischen Positionen nicht unbedingt eine vorwärts drängende Rolle in der Gesellschaft gespielt. Dafür wäre es

erforderlich, die ökologische Frage zur Ausgangsfrage aller Politik zu machen. Dafür ist aber die gesellschaftliche Situation noch nicht heran gereift. Das Unterscheidungsmerkmal unserer Partei von anderen Parteien ist aber die Betonung der engen Verbindung von ökologischer und Sozialpolitik. Im Allgemeinen!

- In der praktischen Politik, in der Abwägung zwischen sozialen und ökologischen Anforderungen meint die Partei, muss sie, wenn sie eine wählbare bleiben will, den kurzfristigeren sozialen Interessen immer noch den Vorzug geben.
- Insbesondere stellt die Partei mit ihrer sozial-ökologischen Politik noch nicht so stringent, wie es wünschenswert ist, die Systemfrage. Das bringen der Parlamentarismus, die Parteienstruktur der Gesellschaft so mit sich.
- Das ist aber auch ein Hinweis darauf, dass es nicht diese Parteienfixiertheit, diese Parteienstruktur in den heutigen bürgerlichen Gesellschaften sein kann, die die Menschheit, wenn es denn einmal sein sollte, aus der sich zuspitzenden multiplen Krise herausführen wird und sie mit der Natur wieder versöhnen wird. Dazu bedarf es der Formierung anderer gesellschaftlicher Kräfte, die aber schon begonnen hat.

Nun könnte man fragen, warum arbeiten wir dann eigentlich in der Plattform? Und sind unsere Schwerpunkte richtig gesetzt?

Wir arbeiten neben und gemeinsam mit vielen Gleichgesinnten, nicht nur in unserer Partei sondern auch in anderen Parteien, in Organisationen, Initiativen und in der Wissenschaft für ein Umdenken aller Menschen in Grundfragen des Lebens, des Überlebens, der Existenz der Menschheit. Diese Arbeit darf niemand aufgeben, auch dann nicht, wenn uns angesichts dessen, was uns als Zeitgeist, als gegenwärtige Politik und aktueller ökologischer Zustand umgibt, ein voller Erfolg als schier unmöglich erscheint.

Deshalb werden auch wir diese Arbeit mit immer neuen Kräften und neuer Energie fortsetzen. Dabei müssen wir selbstverständlich die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen nutzen. Für uns ist das vor allem unsere Partei,

die LINKE. Denn, was die Parteien sagen, wird in der Gesellschaft immer noch stärker zur Kenntnis genommen, als was deren Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften sagen. Unsere Aufgabe ist es dafür zu sorgen, dass die Verlautbarungen unserer Partei immer stärker unser ökologisches Anliegen zum Ausdruck bringen.

Am Schluss des Berichtes soll nochmal der Dank an die LAG Umwelt in Brandenburg und ihren Sprecher, Norbert Wilke, für ihren Teil der Organisation dieses Bundestreffens stehen. Sie haben uns auch einen schönen zweiten Tag mit einer Exkursion in den Naturpark Westhavelland zu einem Großtrappenschutzprojekt vermittelt.

Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Partei die LINKE am 14.und 15.6.2014 in Milow

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundestreffens, hörten am 14.6.2014 von der Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Almuth Hartwig-Tiedt, eine ausführliche Information über die Umweltpolitik der rot-roten Landesregierung im Allgemeinen und im Besonderen den geplanten Neuaufschluss des Braunkohletagebaus Welzow-Süd II sowie das Agieren und Abstimmungsverhalten der linken Minister in besagter Angelegenheit.

Wir danken Staatssekretärin Hartwig-Tiedt für ihre Bereitschaft, mit uns zu diskutieren, müssen aber erklären, dass wir für die Positionen und das Verhalten des Landesvorstandes der LINKEN und seiner Vertreter in der Regierung in der Angelegenheit Welzow-Süd II kein Verständnis aufbringen können.

Aus ökologischer und parteipolitischer Sicht ist für uns wichtig:

- Der vollständige Ausstieg aus der Kohleverstromung ist so schnell wie möglich zu erreichen. Es geht um die Beendigung weiterer Beschädigungen unserer Umwelt und die Konzentration auf erneuerbare Energiequellen.

- Bis zu dem anvisierten Zeitpunkt 2040 für das Ende der Kohleverstromung reichen die Vorräte aus den bereits aufgeschlossenen Tagebauen aus.
- Jeder Neuaufschluss muss daher Zweifel an der Ehrlichkeit der Absichtserklärungen der verantwortlichen Parteien säen und als Politik für die Konzerne der Kohleindustrie verstanden werden. Er hat auch wirtschaftlich keinen Sinn. Zerstörungen menschlicher Ansiedlungen durch Neuaufschlüsse darf es nicht mehr geben.

Die Glaubwürdigkeit unserer Partei ist schwer beschädigt, denn sie hat sich in ihrem Parteiprogramm entschieden gegen jeden Neuaufschluss ausgesprochen. Ein Handeln gegen den Text des Parteiprogramms, die Wahlkampfaussagen 2009 und die Intention des Koalitionsvertrages muss als Irreführung der WählerInnen gewertet werden. Der Koalitionsvertrag hat eine Zustimmung zum Braunkohlenplan Welzow-Süd II nicht erfordert. Uns geht es vor allem um die Politik unserer Partei in derart lebenswichtigen Fragen. Wir werden auch künftig alle Initiativen unterstützen, die auf die Verhinderung des Neuaufschlusses gerichtet sind.

Wir fordern die umgehende Einstellung aller Planverfahren für die geplanten Tagebaue Jänschwalde-Nord, Bagenz-Ost und Spremberg.

Ein neuer Lieblingsfeind für die Klimabewegung

Ein paar Gedanken zum Einfluss des Militärapparates auf den Klimawandel *)

AG Krieg Macht Klima

An einem heißen Julitag im Jahr 2013 erreichen etwa 15 müde Radfahrer*innen das ‚War Starts Here Camp‘ bei Letzlingen, ein Aktions- und Diskussionscamp, das sich gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark richtet. Sie sind in den letzten Wochen den ganzen Weg vom Klimacamp in der Lausitz geradelt und haben noch einige hundert Kilometer vor sich bis zum Klimacamp im Rheinland. Sie gehören zur Reclaim Power Tour, die quer durch Deutschland energiepolitisch umstrittene Orte besucht und mit ihren Rädern einen Roten Faden zwischen den aktiven Gruppen zieht: zwischen Anti-Atom-Gruppen, Bürger_innen-Initia-

tiven gegen CCS, Windenergie-Genossenschaften

oder Klimacamps in den Braunkohleabbau-

gebieten in Ost und West. Aber was macht denn die Energie-Fahrradkarawane auf einem Anti-Militarismus-Camp?

An einem Diskussionsabend auf dem Camp kristallisierten sich die Überschneidungspunkte zwischen den Themenfeldern Militarismus, Energie und Klima deutlich heraus. Offensichtlich ist, dass Staaten Kriege führen, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern, die unerlässlich sind, um den Fortbestand und Vormachtstellung ihrer Wirtschaft sowie ihres Militärapparates zu sichern. Dabei geht es nicht nur um Ressourcen, die für die Energiegewinnung notwendig sind (wie Öl und Uran), sondern auch um strategische Metalle (z.B. Kobalt, Kupfer). Im Zuge des Klimawandels werden sich kriegerische Konflikte um Rohstoffe noch verschärfen, und es ist damit zu rechnen, dass

es dabei in der Zukunft verstärkt um die knapper werdenden ‚lebenden‘ Ressourcen wie Wasser oder Fischbestände gehen wird. Das Pentagon erklärte „schon“ 2003 den Klimawandel zum Sicherheitsrisiko und warnte vor Umweltkatastrophen, Hungerrevolten, Bürgerkriegen und Millionen von Flüchtlingen. Was allerdings nicht zu den Konsequenzen geführt hat, die sich unsereins vielleicht wünschen würde: Es wird weiter aufgerüstet, um im prognostizierten Chaos die Oberhand bewahren zu können, und Grenzen werden militärisch abgeschottet. Dieser Zusammenhang ist bereits ganz gut dokumentiert.

Wir gehen jedoch auf dem Eis von dünnen Fakten, wenn wir überlegen: was trägt das Militär zum Klimawandel bei? Wie

viel Treibstoff verbraucht eigentlich die Bundeswehr, wie viel Energie geht in die Rüstungsindustrie? Was ist die CO₂-Bilanz eines Krieges? Diese Fragen werden relativ selten gestellt. Das letzte wissenschaftliche Papier, das sich mit der Klimawirksamkeit der Bundeswehr beschäftigt, ist vom Jahr 1991. Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage beauftragten damals die GRÜNEN die Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung“ (MÖP) e.V., eine Studie zum Thema „Militär und Klima“ zu erstellen. Danach hat diese Fragestellung anscheinend niemanden mehr interessiert.¹⁾ Warum nicht? Möglicherweise, weil es ohnehin schon so viele Gründe gibt, gegen den Militärapparat zu sein? Müssen wir also diesen Zusammenhang überhaupt untersuchen und was bringt uns das?

*) Nachdruck aus Grünes Blatt 2014-02

[http://www.gruenes-blatt.de/index.php/2014-](http://www.gruenes-blatt.de/index.php/2014-02:Ein_neuer_Liebingsfeind_f%C3%BCr_die_Klimabewegung)

02:Ein_neuer_Liebingsfeind_f%C3%BCr_die_Klimabewegung

1) siehe unsere Beiträge zur Umweltpolitik 2/2011

Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt

<http://www.oekologische-plattform.de/?p=1634>

Die Reclaim Power Tour hat auf ihrer Vernetzungsreise das Konzept von einer ‚echten‘ umfassenden Energiewende vermittelt. Danach gehören zu einer konsequenten Energiewende nicht nur technologische Änderungen, sondern unbedingt ein gesellschaftlicher Wandel, der an Machtstrukturen rüttelt und Verteilungsfragen stellt. Und für den nicht nur problematisiert werden muss, wo unsere Energie herkommt. Sondern auch, wofür sie verwendet und verschwendet wird. Ob sie der Sicherung von Grundbedürfnissen der Allgemeinheit dient oder dem Profit Weniger.

Das GÜZ in der Letzlinger Heide kann diesem Konzept nach gut wegrationalisiert werden. Ein Vorteil für das Allgemeinwohl ist hier nicht erkennbar. Es gilt als eine der modernsten militärischen Trainingsanlagen weltweit. Hier werden Soldat*innen der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen in simulierten Gefechten auf ihre Auslandseinsätze vorbereitet. Zur Zeit wird außerdem eine Übungsstadt nach dem Vorbild einer europäischen Metropole errichtet, damit die Bundeswehr ihre urbanen Gefechts-techniken perfektionieren kann. Für rund 100 Millionen Euro – und mit Tonnen von Stahl und anderen Rohstoffen – entsteht hier eine komplette Großstadt samt Regierungsbezirk, Altstadt, Elendsviertel, Flughafen und U-Bahn mit dem Namen „Schnöggersburg“. Absurderweise mitten in der strukturschwachen „Steppe Sachsen-Anhalts“, wo die Menschen um das letzte Freibad in der Region kämpfen, das geschlossen werden soll. Tausende von Menschen protestieren gegen das Megaprojekt Stuttgart 21 – dass in Letzlingen mitten in der Pampa U-Bahnen gebaut werden, in denen nie jemand fahren wird, bekommt kaum jemand mit.

Der größte Einzelverbraucher von Öl in der Welt ist das Pentagon. Der US-amerikanische Militärapparat mit all seinen Kampffjets, Panzern und anderen Fahrzeugen hat im Jahr 2006 etwa 48.000.000 Liter Treibstoff pro Tag verbraucht. Sein Stromverbrauch des gleichen Jahres entsprach dem von 2,6 Millionen amerikanischen Haushalten. Barry Sanders hat in seinem Buch GREEN ZONE. THE ENVIROMENTAL COST OF MILITARISM den jährlichen CO₂-Ausstoß des US-Militärs auf 73 Millionen Tonnen geschätzt – die,

wohlgemerkt, zu den offiziellen Zahlen des Treibhausgasausstoßes der USA noch dazu kommen, da die Emissionen des Militärs nicht berichtspflichtig sind. Allerdings kam Michael Renner schon 1991 zu einem ganz anderen Ergebnis: er ging von 150 Millionen Tonnen CO₂ aus – und sogar doppelt soviel, wenn man die Rüstungsindustrie miteinbezüge. So oder so: kein Thema für die Klimakonferenzen.

Für die Bundeswehr sieht die Datenlage besonders mau aus. Nach den Berechnungen der oben erwähnten Studie von 1991 belaufen sich die CO₂-Emissionen des bundesdeutschen Militärapparates auf 39,4 Millionen Tonnen pro Jahr (ohne Rüstungsproduktion). Falls in den letzten 23 Jahren noch einmal wissenschaftlich zu dem Thema gearbeitet wurde, haben die Autor*innen ihre Ergebnisse gut versteckt. Jede Privatperson kann mittlerweile ihren CO₂-Fußabdruck im Internet ermitteln. Doch Rheinmetall, der 10. größte Rüstungskonzern Europas, weiß nicht, wie viel Kohlendioxid er emittiert. Ihnen liegen „keine Daten“ darüber vor, gibt der Vorstand des Konzerns auf der Jahreshauptversammlung im Mai 2014 zur Auskunft. Die Zahlengrundlage ist also unbefriedigend. Sie reicht aber aus, um die Absurdität eines Systems zu verstehen, das mit einem gigantischen Ressourcenverbrauch einen Apparat betreibt, dessen Aufgabe es ist, Ressourcen zu sichern. Das dadurch immer mehr zerstört, was angeblich verteidigt werden soll: unsere Sicherheit.

Und doch bleibt es in der Energiedebatte merkwürdig still um den militärischen Produktionsbereich. Infolge der Diskussion, die durch den Besuch der Reclaim Power Tour auf dem War Starts Here Camp entstanden ist, fanden sich Menschen aus der Anti-Kohle- und Antimilitarismus-Bewegung zusammen, die das ändern wollen. Die - bis jetzt sehr lose organisierte - Arbeitsgruppe „Krieg Macht Klima“ will den Zusammenhang zwischen Militär und Klimawandel näher beleuchten. Gleich vorweg: das Ziel der Arbeitsgruppe wird es niemals sein, eine CO₂-neutrale Rüstungsproduktion zu fordern oder etwa das ökologisch korrekte Abschichten von Menschen. Es geht nicht um eine Grünfärbung des Militärbereichs, sondern darum, ihn abzuschaffen. Es ist das Anliegen

der AG, verschiedene Stränge von sozialen Bewegungen zusammenzuführen, damit sie sich gegenseitig ergänzen und stärken. Sie will das Thema Abrüstung (oder eher: „Abschalten!“) in den Postwachstumsdiskurs einbringen und ökologische Argumente in die Debatten der Antimilitarismus- und Friedensbewegung hineinbringen. Sie möchte herausfinden, wie viel Energie die Produktion einer Rakete braucht und wie lange wir mit dieser Energie heiß duschen könnten. Wenn es am Öko-Stammtisch darum geht, ob das Auto nun 4 Liter auf 100 km verbraucht oder 10 Liter, wird die AG darin

erinnern: ein M1-Panzer verbraucht etwa 4.700 Liter auf 100 km. Sie will untersuchen, welche Herrschaftsstrukturen den Kreislauf der Ausbeutung von Mensch und Natur am Laufen halten, und wie sie wir sie überwinden können. Und sie wird subversive Stromspartipps verbreiten: blockiere jeden Morgen mit deinen Freund*innen eine Rüstungsfabrik eurer Wahl.

Das sind nur ein paar Ideen: Die Gruppe steht ganz am Anfang, es gibt viel zu tun. ... Wir würden uns freuen, bei der Gelegenheit interessierte Menschen kennenzulernen, mit euch zu diskutieren, von euch zu lernen, mit euch zusammenzuarbeiten!
Kontakt: kriegmachtlima@riseup.net

Zur Begründung der marxistischen Ökologie durch Friedrich Engels' „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“

Hansjürgen Schulze

(...)
Dieser Beitrag plädiert für eine Reaktivierung des dialektisch-historischen Materialismus, eingedenk aller teilweise berechtigter Einwände der Umweltbewegung, die Marx und Engels den Willen zu einer Fortsetzung der kapitalistischen Naturausbeutung mit anderen Mitteln vorwirft – Kommunismus gerate ihnen wiederholt zur Metapher für eine schrankenlose Produktivkraftentwicklung: „Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst“ [2]. Also Wachstum um jeden Preis, auch durch weitere Naturzerstörung? Es gibt auch andere Textstellen, „in denen die ökologische Dimension des sozialistischen Programms berücksichtigt ist und einige interessante Pfade gewiesen werden. [...] Es ist schade, dass weder Marx noch Engels diese Intuition weiter entwickelt haben, beruht sie doch auf dem Gedanken, dass die vorkapitalistischen Gemeinschaften in naturwüchsiger Harmonie mit ihrem natürlichen

Umfeld lebten und dass der Sozialismus die Aufgabe hat, diese Harmonie auf neuen Grundlagen wieder herzustellen“ [3].

Mein besonderes Interesse gilt den „Umriss(n) zu einer Kritik der Nationalökonomie“, einer „genialen Skizze“ des damals 23-jährigen Engels vom Januar 1844, die Marx wesentliche Aspekte der Politischen Ökonomie vermittelte [4]. Der finnische Philosoph Kari Väyrynen würdigte sie bereits als Grundlegung ökomarxistischer Sichtweisen [5]. Besonders an jene MitstreiterInnen für eine sozialökologische Gesellschaftstransformation, die noch immer eine kritische Distanz zu Marx und Engels wahren, wendet sich meine Broschüre: „Eine Ökologie, die den Marxismus und seine Kritik des Warenfetischismus übergeht oder verachtet, ist dazu verurteilt, nur Hilfsmittel gegen die ‚Auswüchse‘ des kapitalistischen Produktivismus zu sein“ [6].

(...)
Die nächste ökonomische Kategorie ist der Wert. Engels' Wertbestimmung unterscheidet sich erheblich von derjenigen im Marx'schen „Kapital“: „Der Ökonom, der von Gegensätzen lebt, hat natürlich auch einen doppelten Wert; den abstrakten oder realen Wert und den Tauschwert“ [7]. Die Engländer – „MacCulloch

und Ricardo besonders“ – hätten bei ihrer Wertbestimmung die Hauptsache nicht reflektiert: den „Handel, wobei die Hauptsache, das Konkurrenzverhältnis nicht in Anschlag kommen soll! Erst einen abstrakten Wert, jetzt auch einen abstrakten Handel, einen Handel ohne Konkurrenz, d. h. einen Menschen ohne Körper, einen Gedanken ohne Gehirn, um Gedanken zu produzieren“ [8]. Engels zufolge ist „Der Wert [...] das Verhältnis der Produktionskosten zur Brauchbarkeit. Die nächste Anwendung des Werts ist die Entscheidung darüber, ob eine Sache überhaupt produziert werden soll, d. h. ob die Brauchbarkeit die Produktionskosten aufwiegt. Dann erst kann von der Anwendung des Wertes für den Tausch die Rede sein. Die Produktionskosten zweier Dinge gleichgesetzt, wird die Brauchbarkeit das entscheidende Moment sein“ [9].

Engels sieht den Wert innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als dialektische Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert. Marx entwickelte seinen Wertbegriff aus der Theorie des Arbeitswerts, um innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Systems den Ursprung des Tauschwerts zu erklären. Das übergreifende Naturverhältnis wurde folglich ausgeklammert. Dass die Gebrauchswerte wesentlicher Teil unseres Naturverhältnisses sind, wurde von Marx an anderer Stelle hinreichend gewürdigt [10]. Ich halte Engels' Darstellung aus dem Jahr 1844 für die übergreifende, weil sie die Plünderung der Natur durch das Kapital keimhaft einschloss.

(...)

Die Entwicklung ökologischer Kategorien in den „Umrissen“

Friedrich Engels attackiert den Kern der bürgerlichen Vulgärökonomie: das friedliche Nebeneinander der „Produktionsfaktoren“ Kapital, Boden und Arbeit, und lenkt den Blick auf das dialektische Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Natur: „Nach dem Ökonomen bestehen die Produktionsfaktoren einer Ware aus drei Elementen: dem Grundzins für das nötige Stück Land, um das rohe Material zu produzieren, dem Kapital mit dem Gewinn darauf und dem Lohn für die Arbeit, die zur

Produktion und zur Verarbeitung erforderlich waren. Es zeigt sich aber sogleich, dass Kapital und Arbeit identisch sind, da die Ökonomen selbst gestehen, Kapital sei ‚aufgespeicherte Arbeit‘. So bleiben uns also nur zwei Seiten übrig, die natürliche, der Boden, und die menschliche, subjektive, die Arbeit, die das Kapital einschließt [...]. Wir haben also zwei Elemente der Produktion, die Natur und den Menschen“ [11].

Auch Engels' Analyse der Grundrente ist von einem Zukunftsbild abgeleitet, in dem die Menschheit mit der Natur und mit sich selbst versöhnt ist, während sich „Das Kapital“ auf die Kritik der bürgerlichen Politischen Ökonomie fokussiert. Das Naturverhältnis tritt dahinter zurück und bleibt programmatisch. Engels definiert: „Der Grundzins ist das Verhältnis zwischen der Ertragsfähigkeit des Bodens, der natürlichen Seite (die wiederum aus der natürlichen Anlage und der menschlichen Bebauung, der zur Verbesserung angewandten Arbeit besteht) - und der menschlichen Seite, der Konkurrenz. Die Ökonomen mögen über diese ‚Definition‘ ihre Köpfe schütteln; sie werden zu ihrem Schrecken sehen, dass sie alles einschließt, was auf die Sache Bezug hat“ [12]. Einer Reflexion bedarf dabei Engels' Begriff der „Monopolisierung“: „Alles, was nicht monopolisiert werden kann, hat keinen Wert, sagt der Ökonom“ [13]. Das französische „monopoliser“ lässt sich u. a. mit „an sich reißen“ übersetzen. Weil „die Ausdehnung des [...] in Beschlag genommenen Bodens beschränkt ist, so bezahlt man Grundzins für den in Beschlag genommenen, das heißt monopolisierten Boden, oder erlegt einen Kaufpreis dafür“ [14]. „Der Grundbesitzer hat dem Kaufmanne nichts vorzuwerfen. Er raubt, indem er die Steigerung der Bevölkerung, welche die Konkurrenz und damit den Wert seines Grundstücks steigert, für sich ausbeutet, indem er zur Quelle seines persönlichen Vorteils macht, was nicht durch sein persönliches Tun zustande gekommen, was ihm rein zufällig ist. Er raubt, wenn er verpachtet, indem er die von seinem Pächter angelegten Verbesserungen zuletzt wieder an sich reißt. Dies ist das Geheimnis des stets steigenden Reichtums der großen Grundbesitzer“ [15].

Gesellschaftstheorie

Solange das Privateigentum bestehe, laufe alles auf die Konkurrenz hinaus; sie sei „die Hauptkategorie des Ökonomen, seine liebste Tochter [...]“. Die nächste Folge des Privateigentums war die Spaltung der Produktion in zwei entgegengesetzte Seiten, die natürliche und die menschliche; den Boden, der ohne die Befruchtung des Menschen tot und steril ist, und die menschliche Tätigkeit, deren erste Bedingung eben der Boden ist [...]. Ein Grundstück steht dem andern, ein Kapital dem andern, eine Arbeitskraft der andern gegenüber. Mit andern Worten: Weil das Privateigentum jeden auf seine eigne rohe Einzelheit isoliert und weil jeder dennoch dasselbe Interesse hat wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem andern, ein Kapitalist dem andern, ein Arbeiter dem andern feindselig gegenüber. In dieser Verfeindung der gleichen Interessen eben um ihrer Gleichheit willen ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustands der Menschheit vollendet, und diese Vollendung ist die Konkurrenz“ [16].

Engels erklärt, warum die Undurchschaubarkeit des Markts das Kapital zwingt, zum Schaden von Mensch und Natur kurzfristig zu denken und zu handeln: „Der Kampf von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Boden gegen Boden treibt die Produktion in eine Fieberhitze hinein, in der sie alle natürlichen und vernünftigen Verhältnisse auf den Kopf stellt. Kein Kapital kann die Konkurrenz des andern aushalten, wenn es nicht auf die höchste Stufe der Tätigkeit gebracht wird. Kein Grundstück kann mit Nutzen bebaut werden, wenn es nicht seine Produktionskraft stets steigert. Kein Arbeiter kann sich gegen seine Konkurrenten halten, wenn er nicht seine ganzen Kräfte der Arbeit widmet“ [17]. Die Zufuhr sei „entweder zu groß oder zu klein, nie der Nachfrage entsprechend, weil in diesem bewusstlosen Zustande der Menschheit kein Mensch weiß, wie groß diese oder jene ist. Ist die Nachfrage größer als die Zufuhr, so steigt der Preis, und dadurch wird die Zufuhr gleichsam irritiert; sowie sie sich im Markte zeigt, fallen die Preise, und wenn sie größer wird als jene, so wird der Fall der Preise so bedeutend, dass die Nachfrage dadurch wieder aufgereizt wird. [...] Dies Gesetz mit seiner steten Ausgleichung, wo,

was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Ökonom wunderschön. [...] Ein Gesetz, das die Revolution erzeugt. Der Ökonom kommt mit seiner schönen Theorie von Nachfrage und Zufuhr heran, beweist euch, dass ‚nie zu viel produziert werden kann‘, und die Praxis antwortet mit Handelskrisen, die so regelmäßig wiederkehren wie die Kometen und deren wir jetzt durchschnittlich alle fünf bis sieben Jahre eine haben“ [18]. In diesem Strudel müsse jeder „Spekulant werden, d. h. ernten, wo er nicht gesät hat, durch den Verlust anderer sich bereichern, auf das Unglück anderer kalkulieren oder den Zufall für sich gewinnen lassen [...] der Kulminationspunkt der Unsittlichkeit ist die Börsenspekulation in Fonds“ [19].

„Wüssten die Produzenten als solche, wie viel die Konsumenten bedürfteten, organisierten sie die Produktion, verteilten sie unter sich, so wären die Schwankungen der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. Produziert mit Bewusstsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewusstsein, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus. [...] Die Wahrheit des Konkurrenzverhältnisses ist das Verhältnis der Konsumtionskraft zur Produktionskraft. In einem der Menschheit würdigen Zustande wird es keine andere Konkurrenz als diese geben. Die Gemeinde wird zu berechnen haben, was sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln erzeugen kann, und nach dem Verhältnis dieser Produktionskraft zur Masse der Konsumenten bestimmen, inwieweit sie die Produktion zu steigern oder nachzulassen, inwieweit sie dem Luxus nachzugeben oder ihn zu beschränken hat“ [20]. - Engels' „wahre Gesellschaft“ ist jenseits der bürgerlichen Konkurrenz angesiedelt: „Lassen wir hier wieder das Privateigentum fallen, so reduziert sich der Grundzins auf seine Wahrheit, auf die vernünftige Anschauung, die ihm wesentlich zugrunde liegt. Der als Grundzins vom Boden getrennte Wert desselben fällt alsdann in den Boden selbst zurück. Dieser Wert, der zu messen ist durch die Produktionsfähigkeit gleicher Flächen bei gleicher darauf verwendeter Arbeit, kommt allerdings als Teil der Produktionskosten bei der

Wertbestimmung der Produkte in Anschlag und ist wie der Grundzins das Verhältnis der Produktionsfähigkeit zur Konkurrenz, aber zur wahren Konkurrenz, wie sie (in) ihrer Zeit entwickelt werden wird“ [21].

(...)

Zur Aufhebung der Malthusschen Bevölkerungstheorie in den „Umriss(e)n“

Engels nennt die Malthussche Bevölkerungstheorie „das rauhste und barbarischste System, das je existierte, ein System der Verzweiflung [...] sie erzeugten und hoben das Fabrikssystem und die moderne Sklaverei, die der alten in nichts nachgibt an Unmenschlichkeit und Grausamkeit“ [22]. Keiner, „der sich in den Kampf der Konkurrenz einlässt, kann ihn ohne die höchste Anstrengung seiner Kräfte, ohne die Aufhebung aller wahrhaft menschlichen Zwecke aushalten [...] so muss in der Entwicklung der Produktion eine Stufe eintreten, in der so viel überzählige Produktionskraft vorhanden ist, dass die große Masse der Nation nichts zu leben hat, dass die Leute vor lauter Überfluss verhungern“ [23]. „Ein Teil des Landes wird aufs beste kultiviert, während ein anderer [...] wüst daliegt. Ein Teil des Kapitals zirkuliert mit ungeheurer Schnelligkeit, ein anderer liegt tot im Kasten. Ein Teil der Arbeiter arbeitet vierzehn, sechzehn Stunden des Tages, während ein anderer faul und untätig dasteht und verhungert. Oder die Verteilung tritt aus dieser Gleichzeitigkeit heraus: Heute geht der Handel gut [...] – morgen tritt eine Stockung ein, der Ackerbau lohnt nicht der Mühe, ganze Strecken bleiben un bebaut, das Kapital erstarrt mitten im Flusse, die Arbeiter haben keine Beschäftigung, und das ganze Land laboriert an überflüssigem Reichtum und überflüssiger Bevölkerung“ [24].

„Hätte Malthus die Sache nicht so einseitig betrachtet, so müsste er gesehen haben, dass die überzählige Bevölkerung oder Arbeitskraft stets mit überzähligem Reichtum, überzähligem Kapital und überzähligem Grundbesitz verknüpft ist. [...] Wenn es aber eine Tatsache ist, dass jeder Erwachsene mehr produziert, als er selbst verzehren kann [...], so sollte man meinen, jeder Arbeiter müsste weit mehr erzeugen können, als er braucht, und die Gemeinde müsste ihn daher gern mit allem

versorgen wollen, was er nötig hat [...]. Aber der Ökonom in der Roheit seiner Anschauung kennt kein anderes Äquivalent als das ihm in handbarem Gelde ausgezahlt wird“ [25].

Wo stehe „erwiesen, dass die Ertragsfähigkeit des Bodens sich in arithmetischer Progression vermehre?“ Es „bleibt noch ein drittes Element, das dem Ökonomen freilich nie etwas gilt, die Wissenschaft, und deren Fortschritt ist so unendlich und wenigstens ebenso rasch als der der Bevölkerung“ [26].

Die Lösung liegt für Engels auf der Hand: „Wir vernichten den Widerspruch einfach dadurch, dass wir ihn aufheben. Mit der Verschmelzung der jetzt entgegengesetzten Interessen verschwindet der Gegensatz zwischen Überbevölkerung hier und Überreichtum dort [...]; verschwindet die wahnsinnige Behauptung, dass die Erde nicht die Kraft habe, die Menschen zu ernähren“ [27]. Hier verweist Engels unter anderem auf Justus Liebig, den Begründer der Agrarchemie.

Wir seien durch Malthus' Theorie, „wie überhaupt durch die Ökonomie, auf die Produktionskraft der Erde und der Menschheit aufmerksam geworden. Wir ziehen aus ihr die stärksten ökonomischen Argumente für eine soziale Umgestaltung [...]. Wir haben durch sie [die Überbevölkerung - d. Autor] „die tiefste Erniedrigung der Menschheit, ihre Abhängigkeit vom Konkurrenzverhältnis kennengelernt; sie hat uns gezeigt, wie in letzter Instanz das Privateigentum den Menschen zu einer Ware gemacht hat, [...] das alles treibt uns zur Aufhebung dieser Erniedrigung der Menschheit durch die Aufhebung des Privateigentums, der Konkurrenz und der entgegengesetzten Interessen“ [28].

An die Linksfraktion im Bundestag: Ein „Plan B“ reicht bei weitem nicht aus!

Seit Beginn der Industriellen Revolution hat sich die Menschheit von einer Milliarde auf sieben Milliarden vermehrt, mit weiter steigender Tendenz. Ohne Erfindung und Einsatz des Kunstdüngers, gewonnen durch das Haber-Bosch-Verfahren, würde die Gesamtfläche des Planeten Erde zur Ernährung der Spezies Mensch bei weitem nicht mehr ausreichen. Die Herstellung von Ammoniak aus Stickstoff und

Wasserstoff ist jedoch extrem energieintensiv – inklusive dem Treibstoffbedarf für landwirtschaftliche Geräte, Transport etc. werden pro Kalorie Nahrung zehn Kalorien Erdöl benötigt [29]. Laut Peak-Oil-Studie der Bundeswehr ist das Fördermaximum des Schwarzen Golds überschritten [30]. Wie viele Milliarden Menschen vor allem im Globalen Süden werden den unausweichlichen Wandel zur postfossilen Zukunft nicht überleben?

Nicht nur die Bundeswehr stellt sich auf den von ihr erwarteten Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein. Karl Wagner vom Club of Rome geht davon aus, „dass der Widerstand von heute an immer intensiver wird und in den 2020er Jahren in Europa und den Vereinigten Staaten einen Höhepunkt erreicht, um dann zwangsläufig in irgendeine Art von Revolution zu münden. Das ist unvermeidlich, da das alte System nicht von selbst verschwindet“ [31]. Die AutorInnen des „Plan B“ der Linksfraktion im Bundestag rechnen aber auch in der Fassung 2.0 für 2050 mit einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ignorieren die eindringlichen Warnungen ebenso seriöser wie prominenter NaturwissenschaftlerInnen, dass der Menschheit ein Zeitfenster von zehn, maximal zwanzig Jahren bleibt, um die Katastrophen des Anthropozän zwar nicht zu vermeiden – ein Umsteuern wirkt sich infolge der Trägheit etwa des CO₂-Abbaus erst in Jahrzehnten aus – , sondern nur noch die extremsten Befürchtungen nicht eintreten zu lassen. Selbst die imperialistische Ausbeutung des Globalen Südens bleibt unterbelichtet. „Was aber, wenn durch knappe und mangelnde Rohstoffe die Wirtschaft erheblich schrumpft? Werden dann noch genügend Mittel für Investitionen in die sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft vorhanden sein? [...] Entweder wir schaffen jetzt den Umbau, wo wir noch reich sind, oder der Umstieg wird sich in späteren Jahrzehnten stark verlangsamen oder gar nicht mehr erfolgen. [...] Wenn wir darauf aber keine Antwort finden, dann fahren wir auf dem ‚industriellen Pfad‘ voll in die Katastrophe“ [32].

Aus einem grundlegend veränderten „Plan B“ muss mindestens, und so rasch wie möglich,

ein „Plan A“ nicht nur der Linkspartei, sondern aller politischen Kräfte auf dem Planeten Erde werden. Es gibt hoffnungsvolle Ansätze, vor allem die Schriften des US-amerikanischen Marxisten John Bellamy Foster. Die Entdeckung der „Umriss“ zu einer Kritik der Nationalökonomie“ durch Kari Väyrynen liegt im Trend und auch, dass der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hans-Peter Brenner die „Umriss“, genährt durch Väyrynens Darstellung, in das DKP-Programm zu integrieren sucht [33]. Jedoch reicht es nicht, aus dem Gesamtwerk von Marx/Engels die sozialökologisch kompatiblen Textstellen wie Rosinen herauszupicken. Aus sozialökologischer Sicht ist das Marx-/Engels'sche Œuvre, wie auf Seite 3 [erster Abschnitt - d. Redakt.] dieser Broschüre dargelegt, widersprüchlich. Eine neuartige Aneignung des Gesamtwerks unter sozialökologischem Aspekt tut Not. Vergleichbar der Erfassung von Wirkzusammenhängen eines komplexen Organismus, z. B. eines Baums, die sich am besten durch Nachvollzug seiner Entwicklung aus dem Keim erschließt (logisch-historisches Verfahren), macht es Sinn, das Gesamtwerk der linken Klassiker aus dessen Keim heraus zu ergründen. Meine Broschüre soll einen ersten Eindruck davon vermitteln.

Zitatnachweis:

- [2] Engels, Friedrich: Anti-Dühring, Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin, Bd. 20 263.
- [3] Löwy, Michael: Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, Utopie kreativ Nr. 147, 312.
- [4] vgl. Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwortm MEW 13, 10: „Friedrich Engels, mit dem ich seit dem Erscheinen seiner genialen Skizze zur Kritik der ökonomischen Kategorien (...) einen steten schriftlichen Ideenaustausch unterhielt ...“.
- [5] Väyrynen, Kari: Der junge Engels und die Entstehung der marxistischen Ökologie.
- [6] Löwy, Michael: a. a. O., 314.
- [7] Engels, Friedrich: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie (Umriss), MEW_1, 505.
- [8] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 506
- [9] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 507
- [10] Mark, Karl: Zur Kritik de Gothaer

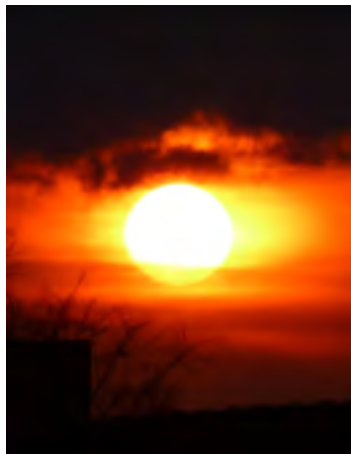
- Programms, MEW 19, 15
- [11] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 508f.
- [12] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 510.
- [13] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 509.
- [14] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 509.
- [15] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 510.
- [16] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 513.
- [17] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 516.
- [18] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 514.
- [19] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 515.
- [20] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 515f.
- [21] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 511.
- [22] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 501.
- [23] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 516.
- [24] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 517.
- [25] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 519f.
- [26] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 521.
- [27] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 520.
- [28] Engels, Friedrich: Umriss, a. a. O., 520f.
- [29] <http://fm4.orf.at/stories/1711950/>.
- [30] <http://www.peak-oil.com/effizienzrevolution-nach-peak-oil/peak-oil-studie-bundeswehr/>
- [31] Randers, Jørgen (Hrsg.): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome, München 2012,
- [32] <http://www.dkp-online.de/zu/4415/s1501.htm>
- Dieser Beitrag enthält Ausschnitte aus der Broschüre (S. 3, 20, 22 - 23, 25 - 27): Schulze, Hansjürgen (2014): Zur Begründung der marxistischen Ökologie durch Friedrich Engels' „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, Sozialökologisches Bürgerforum Plön, 28 S.

das klimamonster

Karin Posth

legt deutlich zu,
stufe für stufe, und
nirgendwo
heult ein alarm.
die unvernunft drängelt
beim anstieg und
lässt ihr wachsen
am himmel aus.

giftig und grau
ist die haube,
unter die er die erde
bringt.



die schöne –
an grenzen getrieben,
gerät immer schneller
in fahrt. zieht das eis ab
an gletschern und polen,
wiegelt das meer auf
gegen die ufer,
lässt verglühen
das grün der länder.

Holzendlagerung kann die Atmosphäre sanieren und die Erderwärmung senken

Christfried Lenz, Frank Roßband

Nach den neusten Prognosen des Weltklimarates ist - je nach Szenario - mit einer Erderwärmung von 2,4 - 6,4 Grad Celsius bis 2100 zu rechnen. Nur durch unverzügliche drastische Maßnahmen, in erster Linie den raschen Umstieg auf erneuerbare Energien, kann die Erwärmung im unteren Bereich gehalten werden.

Selbst wenn die ehrgeizigsten Ziele der CO₂-Reduzierung erreicht werden sollten, ist dennoch - bereits jetzt - die Atmosphäre im Übermaß mit CO₂ angereichert. Durch die Industrialisierung stieg der CO₂-Gehalt der Luft von 280 ppm auf ca. 400 ppm an und wird bis zur Mitte des Jahrhunderts 600 - 700 ppm erreichen. Jeder Anstieg um 100 ppm bedeutet etwa 1 Grad Celsius Temperaturerhöhung.

Es reicht also nicht aus, den CO₂-Neueintrag zu reduzieren, sondern der bereits zu hohe CO₂-Gehalt muss zurückgeführt werden.

Unter dem Begriff „Geoengineering“ werden Ideen zusammengefasst, die mit technischen Eingriffen globaler Ausmaße die Erderwärmung abbremsen wollen. Zum Beispiel sollen riesige Sonnensegel in die Umlaufbahn gebracht werden, um abkühlend zu wirken. Nach anderen Vorschlägen soll durch 25 m lange, von Helium-Ballons getragene Röhren Schwefeldioxid in die äußeren Schichten der Atmosphäre geblasen werden, um dort Sonnenlicht zu reflektieren. Andere wollen einen derartigen Effekt durch Billionen kleiner Aluminiumscheiben oder durch Nanopartikel erreichen. Wieder andere schlagen vor, durch in die Ozeane ausgebrachte Eisenpartikel mehr CO₂ im Wasser zu binden. Allen derartigen Ideen ist gemeinsam, dass - abgesehen von den immensen Kosten - ihre Auswirkungen auf das Gesamtsystem unseres Planeten völlig unabsehbar sind.

Im Unterschied zu derartigen, doch eher abenteuerlich anmutenden, Ideen schlagen Prof. Fritz Scholz und Dr. Ulrich Hasse (Universität Greifswald) einen völlig anderen,

sich auf natürliche Prozesse stützenden Weg vor, um die Atmosphäre von CO₂ zu entlasten. Sie wollen ausnutzen, dass durch die Photosynthese CO₂ aus der Luft gebunden und in der Biomasse (Holz) gespeichert wird. Hierbei findet eine Aufkonzentrierung des Kohlenstoffs von etwa 0,01 in der Luft auf etwa 50 % im Holz statt. "Es gibt derzeit keinen technischen Prozess, der damit konkurrieren könnte." - so Prof. Gerhard Kreysa in seinem bisher nicht veröffentlichten Manuskript „Nachhaltiges Management des globalen C-Kreislaufes durch Holz-Endlagerung“.

Um dieses Potenzial zu nutzen und eine genügende Menge CO₂ aus der Luft als Kohlenstoff in Holz zu speichern, müsste als erster Schritt eine groß angelegte Aufforstung stattfinden. Scholz und Hasse haben errechnet, dass 10 Mio. km² (25 der derzeitigen globalen Waldfläche) zusätzlich aufgeforstet werden müssten, um den heutigen Jahresausstoß von 32 Gigatonnen CO₂ in Holz zu binden.

Flächen, die hierfür in Frage kämen, wären u.a. die im FAO-Bericht der UNO ausgewiesenen 14 Mio. km² „other wooded land“ (Buschwerk mit 10 % Baumanteil). Durch eine nachhaltigere Bewirtschaftung von 8 Mio. km² (20 %) des vorhandenen Weltwaldes würden sich weitere Holzentnahmemöglichkeiten ergeben, ohne die vorhandene forstwirtschaftliche Nutzung zu beeinträchtigen. Bei allen Aufforstungsmaßnahmen ist nicht an Monokultur-Plantagen gedacht, sondern an „richtigen“ Wald.

Damit der Kohlenstoff des Holzes durch Verbrennung oder Verrottung später nicht wieder als CO₂ freigesetzt wird, muss die Oxidation des Holzes verhindert werden. Dies ist dadurch zu erreichen, dass das Holz unter Luftabschluss, also unterirdisch, gelagert wird. Eine vorhergehende möglichst langfristige Nutzung, z. B. als Bauholz, ist wünschenswert, da hierdurch andere, energieaufwändig erzeugte Materialien ersetzt würden.

Scholz und Hasse schlagen ausgeförderte Kohletagebaue für die Holzendlagerung vor. Eine ca. 20 m mächtige Holzschicht müsste mit 30 m Aushubmaterial abgedeckt werden (Kreysa, S.17). Nun tritt dieses Holz in einen über lange Zeiträume (Jahrtausende!) sich erstreckenden Verkohlungsprozess ein. Es wird der gleiche Vorgang neu gestartet, durch den die Braunkohle entstanden ist. Wir geben der Erde zurück, was wir ihr entnommen haben. Auch bei diesem Verkohlungsprozess handelt es sich um einen rein natürlichen, nicht industriellen Vorgang, der mit keinerlei Gefahren und negativen Umweltauswirkungen verbunden ist.

Bei Realisierung des Konzeptes würde sich der vorindustrielle CO_2 -Gehalt der Atmosphäre nach ca. 100 Jahren wieder einstellen, und die Erderwärmung könnte bis 2100 um 1,3 Grad Celsius gesenkt werden. Kreysa betont, dass "Aufforstungen gerade in den ersten 80 Jahren, die noch durch hohe CO_2 -Emissionen gekennzeichnet sind, besonders positiv wirken" (S. 13). Die jährlichen Kosten für die globale Holzendlagerung (0,37 % des Welt-BIP) würden deutlich unter den Klimafolgekosten (1 % des Welt-BIP) liegen (Kreysa, S. 18) und nur für etwa 90 Jahre anfallen, während die Klimafolge-

kosten hinsichtlich Zeitdauer und Höhe unabsehbar sind.



Die Rückführung des CO_2 -Gehaltes durch die Photosynthese scheint uns der richtige Ansatz zur Sanierung der Atmosphäre zu sein. Dieser Weg beruht nicht auf einer weiteren Industrialisierung, sondern lässt natürliche, ohne menschliches Zutun und nur mit Hilfe des Sonnenlichtes ablaufende Stoffwechselprozesse wirken.

Unseres Erachtens sollten sich Wissenschaftler, Fachleute aus verschiedenen Bereichen und Politiker zusammenfinden, um diesen Ansatz weiter zu entwickeln und zur Realisierung zu führen.

Wachstum ja, aber anders! **Erika Czwing**

Die Dimensionen, des Hungers, der Ressourcenentwicklung und des Wachstums der Bevölkerung sind so gewaltig, dass eine Lösung der Probleme allein über eine gerechtere Verteilung - so wünschenswert das sein mag - weder ausreichend noch realistisch ist. Unabhängig von aktuellen theoretischen Diskussionen zum Wirtschaftswachstum steht fest: Für die Agrarproduktion ist Wachstum unverzichtbar!

Leider hat sich in den letzten Jahrzehnten das Wachstum der Agrarproduktion verlangsamt. So sanken z. B. die Jahresraten beim Getreideertrag gegenüber den sechziger Jahren von vier auf nur noch ein Prozent. Die Agrarproduktion hat sich - den Gesetzen des Kapitalismus folgend - in starkem Maße vor allem nach Rendite-

gesichtspunkten entwickelt. Das führte zu einer weitgehenden Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage und suggeriert bis in unsere Tage, dass genug Nahrung produziert wird. Bewusst oder unbewusst wird dabei übersehen dass die Hungernden und Unterversorgten ihren Bedarf eben nicht über die Nachfrage sichtbar machen können, weil sie zu arm sind.

Die These „Es reicht für alle“ ist insofern gefährlich, wenn nicht sogar zynisch, weil sie Illusionen über die Möglichkeiten der Umverteilung nährt und die notwendigen Anstrengungen auf Seiten der Produktion nicht sichtbar macht.

Die im letzten Jahrhundert stetig gesunkenen Agrarpreise boten den Bauern weder in den Entwicklungsländern noch in den Industrie-

ländern ausreichende finanzielle Möglichkeiten und Anreize für Investitionen über die erzwungenen Rationalisierungsmaßnahmen hinaus. Die Agrarforschung wurde - auch in Deutschland - stark zurückgefahren und vom Ziel der Ertragssteigerung weg orientiert.

Seit der Jahrhundertwende steigt die Nachfrage schneller als die Produktion. Die Vorräte schrumpfen weltweit auf sicherheitsrelevant niedrige Reserven. Auch für die Periode 2011 - 2021 erwartet die FAO einen geringeren durchschnittlichen Zuwachs pro Jahr von nur noch 1,7 Prozent gegenüber 2,6 Prozent in der vorhergehenden Dekade. Gegenwärtig wachsen die Erträge allerdings bei der entscheidenden Kultur Getreide nur um 1,5 Prozent, bei Weizen und Reis sogar nur um weniger als 1 Prozent. Das Produktionswachstum wird schwieriger, weil die Ressourcen weitgehend erschöpft sind und der Klimawandel erste global negative Wirkungen zeigt.

Dennoch halten die Experten der FAO einen Zuwachs allein für Nahrung und Futter in Höhe von 70 Prozent für notwendig und möglich.

Der Schwerpunkt der Produktionssteigerung liegt dabei in den Entwicklungsländern, die ihre Produktion um 97 Prozent etwa verdoppeln müssen. Der Beitrag der Industrieländer soll trotz des bereits hohen Niveaus immerhin 23 Prozent Steigerung betragen, um das Gesamtziel zu erreichen.

Mit diesem Wachstum wäre es möglich, den täglichen Kalorienverbrauch von gegenwärtig 2.700 kcal pro Kopf auf 3.000 kcal zu erhöhen und die Zahl der Hungernden von 870 auf 300 Millionen zu verringern. Diese Aufgabe kann nur in einer gewaltigen solidarischen Kraftanstrengung der gesamten Weltgemeinschaft bewältigt werden. Kein Land, auch Deutschland mit seinem hohen Versorgungsniveau und perspektivisch sinkender Bevölkerungszahl, hat das Recht, sich dieser Aufgabe zu entziehen und sich mit dem bisherigen Produktionsniveau zufrieden zu geben.

Leider erweckt die gegenwärtig in der Diskussion befindliche Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU den Eindruck, dass diese Anforderungen noch nicht überall angekommen sind. Linke Kritik sollte deshalb

neben der sozialen Gerechtigkeit in den und zwischen den Ländern der EU auch weltweite Solidarität einfordern.

Zunächst einmal muss allen Verantwortlichen ins Gedächtnis gerufen werden, was sie gerne verdrängen: dass wir Europäer gegenwärtig in hohem Maße auf Kosten der Dritten Welt leben - ganz zu schweigen davon, dass wir eine historische Mitschuld an deren Status als vom Hunger geplagte, verschuldete Agrarländer haben. Europa nutzt derzeit 35 Millionen ha Ackerland außerhalb seines Territoriums für die Befriedigung seines Bedarfs an Agrargütern. Diese Fläche hat in den letzten Jahren um 10 Mill. ha zugenommen, weil das Wachstum der eigenen Agrarproduktion nur unbefriedigende 0,6 Prozent betrug. Hätten wir unsere eigene Produktion um 0,9 Prozent gesteigert, hätten diese Flächen nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Daraus ergibt sich eine moralische Verpflichtung, durch Nutzung der eigenen Ressourcen einen Beitrag zur Entspannung auf dem Nahrungsmittelmarkt zu erbringen und auch aktive, uneigennützig Hilfe bei der Entwicklung einer nachhaltigen und effektiveren Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu leisten. Das Spektrum der Unterstützung reicht dabei von Maßnahmen zur Entspannung der Nachfragesituation auf den Agrarmärkten durch verantwortungsvollen Umgang mit Nahrungsmitteln bis zur gemeinsamen Entwicklung und Einführung von standörtlich angepassten Produktionssystemen in den von Hunger betroffenen Ländern.

Angesichts der Ressourcensituation und der allseits bekannten ökologischen Grenzen des Wachstums ist klar:

Wachstum wie bisher, mit zusätzlichem Einsatz von Boden, Wasser, Chemie und fossiler Energie, kann es nicht geben. Der einzige Weg ist die effektivere Nutzung aller eingesetzten Produktionsfaktoren, also eine umfassende Produktivitätssteigerung.

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik definiert diese wie folgt:

„Nachhaltige Produktionssteigerung liegt vor, wenn pro Outputseinheit - gemessen am jeweiligen Ende der Wertschöpfungskette -

weniger des Gesamtbündels an Ressourcen wie Arbeitskraft, finanzielles Kapital, Boden, Wasser, Energie, Biodiversität und Klima (Treibhausgasemissionen) beansprucht wird“.

Dafür kann es keine allgemeingültigen Rezepte geben. Der Streit um mehr oder weniger gute Modelle oder Leitbilder der künftigen Landwirtschaft ist müßig, wenn damit immer gleich globale Verallgemeinerungen verbunden sind. Die Weltlandwirtschaft ist sehr breit aufgestellt, historische Entwicklung, darunter auch die Intensivierung der Landwirtschaft in den Industrie- und Schwellenländern, lassen sich nicht oder nur mit sehr fragwürdigen Folgen

rückgängig machen. Notwendig ist deshalb die Entwicklung und vor allem die breite Einführung standortangepasster Produktionssysteme. Diese müssen das gegenwärtig vorhandene Wissen erschließen und vor allem in den Entwicklungsländern die Erfahrungen traditioneller Produktionsmethoden und Sorten einbeziehen.

Dieser Beitrag wurde entnommen: *Czwing, Erika (2013): Der Kampf gegen den Hunger. Eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Agrarpolitische Aspekte, Pankower Vorträge, Heft 180, Helle Panke e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, S._12_-_15.

Agrotreibstoffboom verstärkt den Hunger

Erika Czwing



Der Druck auf den Bodenmarkt und die steigenden Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe und Nahrungsgüter haben eine entscheidende Ursache in dem seit einigen Jahren anhaltenden Agrartreibstoffboom.

Weltweit werden auf etwa 45 Millionen ha Energiepflanzen angebaut. Das sind 3 Prozent der Weltackerfläche. Auf den

ersten Blick erscheint das wenig. Aber die Getreidebilanz zeigt, wie relevant die Energieproduktion für das Ernährungsproblem ist. Von der Gesamtgetreideernte werden bereits 6 Prozent zu Biosprit verarbeitet. Von dieser Menge könnten - rein rechnerisch - jeder der gegenwärtig Hungernden mit zusätzlich etwa 150 kg Getreide versorgt, also vom Hunger befreit werden.

Die Agrospritproduktion ist also keineswegs so harmlos, wie das von einigen Wissenschaftlern, aber auch vom Deutschen Bauernverband dargestellt wird.

Problematisch sind auf jeden Fall die Entwick-

lungstendenzen. Angesichts des Schrumpfens der fossilen Energieträger und der politischen Risiken ihrer Beschaffung suchen die Industrieländer verständlicherweise nach Alternativen, darunter in der Landwirtschaft. So orientiert das Programm der nationalen Sicherheit der USA darauf, etwa ein Drittel des Treibstoffverbrauchs aus der eigenen Maisproduktion zu gewinnen. Dieser Zweig wird mit 6 Milliarden Dollar subventioniert.

Die EU stellt sich das Ziel, 20 Prozent der Treibstoffe aus Biomasse zu gewinnen, um von Erdölimporten unabhängiger zu werden. Hier sind die hauptsächlichsten Rohstoffe Raps und andere Ölfrüchte. Auch hier fließen Subventionen in Milliardenhöhe.

Brasilien nutzt die Chance dieser steigenden Nachfrage und möchte sich zur Tankstelle der Welt entwickeln. Das kostengünstig verfügbare Zuckerrohr ist profitabelster Rohstoff, sein Anbau wird in hohem Tempo ausgebaut. Ähnlich wie beim Sojaanbau werden kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe vertrieben, die Bauern zu Wanderarbeitern degradiert und der Boden immer mehr in der Hand der Zuckerbarone und Energiekonzerne konzentriert. Indirekt führt auch dieser Agroenergieboom zur beschleunigten Vernichtung des Amazonasregenwalds. Ähnliche Prozesse

vollziehen sich mit dem Palmöl in Indonesien und anderen Ländern.

Wissenschaftliche Berechnungen ergeben, dass bereits eine 20-prozentige Umstellung des Treibstoffverbrauchs der OECD-Länder auf Biosprit Ackerland im Umfang von 120 Millionen ha, das sind 8 Prozent der Weltackerfläche, beanspruchen würde. Das ist aus Sicht der Ernährung nicht zu verantworten. Voraussichtlich ist es auch nicht durchsetzbar, bereits jetzt wächst der Widerspruch von zunächst ganz unerwarteter Seite: Die großen amerikanischen Nahrungsmittelkonzerne melden Protest an. Weltweit würde eine nur 10-prozentige Beimischung von Biosprit aus Getreide rund 20 Prozent der Weltackerfläche benötigen. Dazu kommt der Flächenbedarf für die Biogasproduktion. Auch wenn Flächen, die sich nicht für Nahrungspflanzen eignen, genutzt würden, besteht die Konkurrenz um Wasser und Düngemittel. Unstrittig ist - und das lässt sich anhand der Ereignisse der letzten Jahre beweisen -, dass auf globaler Ebene der Agroenergieboom über steigende Preise den Zugang zu Nahrung für arme Menschen in den Entwicklungsländern verschlechtert.

Das größte Problem ist die mit der Bioenergieproduktion verbundene Kopplung der Nahrungsmittelpreise an den Erdölpreis. Bereits in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts hatten sich sinkende Agrarpreise und steigende Erdölpreise angenähert. Während die Agrarpreise zunächst relativ niedrig blieben, verdreifachten sich die Erdölpreise und zogen in den letzten Jahren die Agrarpreise mit nach oben. Bei dem gegenwärtigen Erdölpreis lohnt sich die energetische Verwertung bereits bei einem Weizenpreis von 200 € je t.

Darüber hinaus gibt es auch zunehmend Bedenken bezüglich des ökologischen Nutzens der Bioenergie. Die OECD bescheinigt dem Biosprit eine negative Ökobilanz. Auch die Tatsache, dass für einen Liter Bioethanol 4.000 Liter Wasser verbraucht werden, mahnt zu einer kritischeren Betrachtung.

Seit vielen Jahren weisen renommierte Wissenschaftler darauf hin, dass auch die deutsche

und europäische Förderpolitik für Bioenergie schwer wiegende Nebenwirkungen hat, und fordern einen grundlegenden Wandel. Die ohnehin nicht völlig zu verhindernde Konkurrenz zwischen Tank und Teller sollte wenigstens nicht durch festgelegte Quoten noch verschärft werden. Subventionen sollten nicht in die Produktion von Bioenergie, sondern in Forschung und Entwicklung effizienterer Energiestrategien gelenkt werden.

Diese Kritik erscheint aus linker Sicht mehr als berechtigt! Angesichts des bis heute nicht bewältigten Hungers und der künftigen Probleme der Welternährung muss man Jean Ziegler zustimmen, wenn er erklärt: „Wer auf einem Planeten, auf dem alle fünf Sekunden ein Kind verhungert, Anbauflächen für Nahrung ihrem Zweck entfremdet und Lebensmittel verbrennt, begeht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

In Deutschland wurden 2012 auf 21 Prozent des Ackerlands Energiepflanzen angebaut. Hier wird die Agroenergieproduktion überwiegend als Erfolg gefeiert. Das beruht auch auf der Wahrnehmung als „Bio“ und ist damit emotional positiv besetzt. Die gegenwärtige Euphorie über die Energiewende ist ebenfalls nicht dazu angetan, mögliche Konsequenzen zu hinterfragen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist das positive Image der Bioenergie zu verstehen, hat sie doch - auch dank der sehr großzügigen Subventionierung - vielen Betrieben zu guten ökonomischen Ergebnissen verholfen, Investitionen befördert und Arbeitsplätze geschaffen. Deshalb wird es auch schwierig sein, diesen Kurs zu korrigieren, und um so schwieriger, je später man sich dazu entschließt. Für die Bauern, die auf das fragwürdige Motto „vom Landwirt zum Energiewirt“ gesetzt haben, muss Vertrauensschutz gesichert werden. Das darf aber aus linker Sicht nicht bedeuten, einen falschen Weg bedenkenlos fortzusetzen!

Dieser Beitrag wurde entnommen:

Czwing, Erika (2013): Der Kampf gegen den Hunger. Eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Agrarpolitische Aspekte, Pankower Vorträge, Heft 180, Helle Panke e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, S. 31 - 33.

Exkursion im Rahmen des Bundestreffens

Wolfgang Borchardt

Ein besonderer Höhepunkt unseres diesjährigen Bundestreffens war die Exkursion zur Staatlichen Vogelschutzstation in Buckow/Havelland.

Dr. Heinz Litzbarski, langjähriger Vorsitzender des Fördervereins „Großtrappenschutz“ gab uns einen Einblick in die Geschichte der Station, die er ab 1979 mit aufbaute und bis zu seiner Pensionierung 1999 leitete. Vor allem aber

wusste er kenntnisreich und humorvoll über die Anstrengungen und Erfolge des Schutzes eines der größten flugfähigen Vögel zu berichten.

Im 18. Jahrhundert war die Großtrappe überall in Europa weit verbreitet, Ende der 1930er Jahre gab es in Deutschland 36 Standorte mit Großtrappen und in Brandenburg noch ca. 3.400 Tiere; 1965 waren es 900 und 1970 nur noch 800 Tiere. Klar war daher: „Entweder wir ändern was, oder die Trappe stirbt aus.“ Fünf Jahre später wurde das Naturschutzprojekt beschlossen. Der Rückgang konnte aber nur abgebremsst werden. Zum Ende der DDR existierte ein stabiler, aber überalterter Bestand von ca. 50 Tieren. Neben künstlicher Brut, Aufzucht und Auswilderung wurde nach den Ursachen des Bestandsrückganges geforscht. Als Hauptursache stellte sich das sinkende Nahrungsangebot heraus: Bei ihrer Größe – die Hähne werden bis 16 kg schwer – benötigen die Tiere sehr viel gutes Futter, in erster Linie große Insekten. Das Hauptproblem ist daher, den Nachwuchs satt zu bekommen: Ein einziges Küken braucht Ende der ersten Woche täglich 1.000 Insekten (ca. 30 mm groß). Insekten, die kleiner sind als 5 mm, werden von der Trappe



gar nicht erst nicht verfüttert. Dieses Minimum an Nahrung wird nur auf Ackerbrachen erreicht – ein Widerspruch zur intensiven Landwirtschaft. Mit dem Ende der DDR und der massenhaften Flächenstilllegung brachen dagegen für die Trappen „paradiesische Zustände“ (H. Litzbarski) an.

Die Trappen treffen sich nur einmal im Jahr zur Paarung. Um sich zu synchronisieren, dauert die Balz Wochen, die Eier werden ohne Nest auf Ackerflächen oder Grünland abgelegt; die Brutzeit beträgt 28 Tage, die Kükenaufzucht dauert bis acht Wochen. Für die Fortpflanzung benötigen die Großtrappen daher eine lange Ruhezeit. Trotzdem ist es auch im Agrarraum möglich, Trappen zu schützen, indem die Flächen verkleinert werden, so dass die Hennen mit ihren Küken ausweichen können, wenn auf Nachbarflächen gearbeitet wird oder indem die Brutstandorte ermittelt und die notwendigen Feldarbeiten mit den Ruhezeiten der Tiere abgestimmt werden. Das setzt aber die Bereitschaft der Landwirte voraus, den Naturschutz zu berücksichtigen.

Wo aber industrielle Landwirtschaft betrieben wird, gibt es keinerlei Überlebenschance für

Großtrappen (und andere Bodenbrüter): Durch Insektizide, starke Düngung und bis zu 13-malige Mahd pro Jahr sinkt die Zahl der Pflanzenarten und damit die der Insekten unter das Existenzminimum der Trappen. Derartige Flächen benötigen sieben bis neun Jahre Ruhe, um sich zu Wiesen mit ausreichendem Nahrungsangebot für Großtrappen zu entwickeln. Entscheidend ist, keine Pestizide einzusetzen (Biolandbau). Die gegenwärtige Politik ist jedoch kontraproduktiv: Energiepflanzen werden durch das EEG sehr stark gefördert, während eine etwas stärkere Förderung des Biolandbaus die Trappen schützen würde – in Maiswüsten gibt es keine biologische Vielfalt, einschließlich Trappen. Doch die Brandenburger Umweltministerin Tack erklärte, sie sehe keine Möglichkeit, etwas dagegen zu tun.

Gegenwärtig werden selbst in dem Schutzgebiet Biogasanlagen genehmigt – die Genehmigungsprüfung erfolgt nur nach Immissionsschutzgesetz. Es spielt keine Rolle, welche Biomasse verwendet wird und wo sie herkommt und ob es sich um Mais handelt, der im Schutzgebiet angebaut wird. Dabei ist auch Trappenschutz mit Biogasanlagen vereinbar, WENN der Anlagenbetreiber zumindest NICHT NUR Mais verwendet, sondern Gülle und

minderwertigeres Grünland-Mähgut oder WENN sich der Anlagenbetreiber mit dem Naturschutz über den Standort auch von Maisflächen abstimmt. Beispielsweise gibt es Flächen, auf die sowieso keine Trappe geht und wo Maisanbau nicht stört.

Auch durch unsere Energiewirtschaft sind Großtrappen bedroht. Die schweren Vögel sind zwar standorttreu, aber sie fliegen auch mit einer Geschwindigkeit von bis zu 60 km/h. Dabei können sie auftretenden Hindernissen schlechter ausweichen, als kleine Vögel. Windkraftanlagen und Freileitungen können für sie daher zu einer tödlichen Gefahr werden. Große Bälle, die an den oberen Leitungen angebracht werden und Erkennbarkeit der Leitungen verbessern sollen, könnten die Gefahren von Freileitungen evtl. verringern.

Bei dem anschließenden Besuch des Beobachtungsturmes war die Wahrscheinlichkeit, Trappen zu sehen, gering. Wie groß war da die Aufregung, als in einigen hundert Metern Entfernung eine Henne mit Küken unterwegs war. Da die Fotos jedoch nicht für den Druck geeignet sind, empfehle ich einen Blick auf

<http://www.oekologische-plattform.de/?p=54380>

und ein Video von der Balz auf Youtube

https://www.youtube.com/watch?v=Tg41jpg_wZQ

Eine Handvoll Venus oder Von der Turbokonsumgesellschaft zur Ökologischen Wertegemeinschaft

Esther Redolfi

„Was man heute als Science-Fiction beginnt, wird man morgen vielleicht als Reportage zu Ende schreiben müssen“, schreibt der Schriftsteller Norman Kingsley Mailer. Aber wie viel Wahrheit steckt in diesem Zitat? In jedem Fall genug, um danach zu suchen. Zur Wahrheitsfindung wird der in den Fünfzigerjahren von den amerikanischen Science-Fiction-Autoren Frederik Pohl und Cyril Kornbluth verfasste Roman Eine Handvoll Venus dienen. Den Kritikern und Skeptikern dieses Genres sei an dieser Stelle gesagt, dass diese

satirische Erzählung für durchaus interessante Denkanstöße sorgen wird. Denn Pohls und Kornbluths „Eine Handvoll Venus“-Zukunftsvision konzentriert sich auf die ökologischen Aspekte unserer turbokapitalistischen Gesellschaft.

Der Held der Geschichte, in der die Erde dem Diktat von Werbeagenturen ausgeliefert ist, ist ein hochrangiger Mitarbeiter einer solchen. Seine Aufgabe ist es nicht, eine neue Welt, die Venus, zu entdecken und zu erobern, sondern „einem Haufen Idioten den Traum von dieser

neuen Welt zu verkaufen“. Besagte Agenturen, die in Pohls und Kornbluths Zukunftsgesellschaft eine dominierende Rolle spielen (und die an die manipulativen Überwachungsgesellschaften in George Orwells 1984 und Aldous Huxleys Schöne neue Welt erinnern), bewerben dieses Vorhaben mit folgenden Slogans: „Eine Reihe höchst fantasievoller Aufnahmen von der Venus: grüne Täler, kristallene Seen, ein herrliches Gebirgspanorama ... Der Kommentator verschweigt die jahrzehntelange Wasserkultur und das Leben in hermetisch geschlossenen Kabinen, das die Pioniere in Kauf nehmen müssten, während sie die Atmosphäre, in der man nicht atmen konnte, und an der wasserlosen Chemie der Venus arbeiteten, zwar nicht ausdrücklich, ging aber auch nicht näher darauf ein.“ (Eine Handvoll Venus, S. 23) Dadurch sollen achtzehnhundert Pioniere animiert werden, in einer Art Arche die Venus anzusteuern und zu besiedeln. Der Rest der Menschheit soll währenddessen davon überzeugt werden, dass sie dringend einen Planeten zum Plündern benötigen: „Ich bot eine Welt zum Plündern und ein ganzes Universum zum Ausbeuten; das alles würde auf sie warten. Ich entwarf ein Bild von Fließbandplaneten, die uns gehörten und auf denen wir wirkten, wir, die unternehmungslustigen amerikanischen Geschäftsleute, die der Zivilisation zu wahrer Größe verholfen hatten. Es gefiel ihnen. Der Beifall war fantastisch.“ (S. 288) Um das Ziel zu erreichen, werden die den Wissenschaftlern bereits bekannten Extrembedingungen, die ein Leben auf der Venus keineswegs ermöglichen würden, verschwiegen: „[In der Atmosphäre] gibt es freies Formaldehyd, Balsamierungsflüssigkeit. Die Hitze liegt im Durchschnitt über dem Siedepunkt des Wassers, wenn es überhaupt Wasser auf der Venus gäbe. Und das ist nicht der Fall. Ich habe Windgeschwindigkeiten von fünfhundert Meilen pro Stunde gemessen.“ (S. 43) Weshalb die Menschheit überhaupt eines Plünderplaneten bedarf, ist auf den interessantesten Aspekt des Buches zurückzuführen, nämlich auf die ökologisch desaströse Lage, in der sie sich nach den Zukunftsvisionen der Autoren befindet: „Die Menschheit braucht die Venus. Wir brauchen einen unverdorbenen, nicht ausgebeuteten,

nicht geplünderten, [...] einen nicht verwüsteten – na ja, du weißt ja selbst.“ (S. 296). Die Synergien mit dem Vorhaben, den Mars zu kolonisieren, die bislang sowohl für die US-Raumfahrtsbehörde NASA als auch für die Europäische Weltraumorganisation ESA nichts weiter als eine zukunftsferne Vorstellung sind, sind beeindruckend. Denn abgesehen von der Mission One, einer privaten niederländischen Stiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2025 Menschen dauerhaft auf dem Mars anzusiedeln, sind keine konkreten Pläne bekannt. Mitverantwortlich könnten die zuvor erwähnten, der Venus ähnlichen Lebensbedingungen sein. Wissenschaftler waren nämlich in der Lage festzustellen, dass die Stärke des Magnetfeldes des Mars dafür verantwortlich ist, dass die kosmische Strahlung für den Menschen schon nach drei Jahren nicht mehr erträglich wäre, dass die dünne kohlendioxidlastige Atmosphäre (0,7 % der Erdatmosphäre) den Gebrauch von Druckanzügen erfordern würde und dass alle bewohnbaren Strukturen mit Druckbehältern ausgestattet werden müssten. Hinzu würde die Tatsache kommen, dass bislang keine stehenden Gewässer auf der Oberfläche gesichtet wurden und dass die durchschnittliche Oberflächentemperatur am Äquator -23 und in der Nähe der Polarkappen -140 Grad Celsius betragen würde. In Anbetracht der Tatsache, dass eine Reihe von Vorbeiflügen erst acht Jahre nach dem Erscheinen von Eine Handvoll Venus – also 1960 – begonnen haben, ist es erstaunlich, wie die Science-Fiction-Autoren die fiktiven Lebensbedingungen auf der Venus, die denen des Mars sehr ähnlich sind, beschreiben konnten. Bleibt nur noch zu hoffen, dass die restlichen im Buch geschilderten zukünftigen Lebensbedingungen auf der Erde weniger zutreffend sind.

Die Gegenspieler der Werbegesellschaften, die sich dem turbokonsumgesellschaftlichen Credo widersetzen, sind die Mitglieder der Untergrundgesellschaft der Weltnaturschützer, deren Glaubensbekenntnis wie folgt lautet: „Wir glauben, dass die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Rohstoffquellen und Bodenschätze unnötige Armut und unnötiges menschliches Elend hervorgerufen hat. Wir glauben, dass eine andauernde Ausbeutung das

Ende menschlichen Lebens auf der Erde bedeutet. Wir glauben, dass dieser Trend rückläufig gemacht werden kann, wenn wir die Menschen der Erde dazu bringen, eine Bevölkerungsplanung zu fordern, dass sie ein Wiederaufforsten der Wälder, die Bildung neuen Ackerbodens, eine Deurbanisierung und die Einstellung der überflüssigen Produktion von Apparaten und Artikeln, für die kein natürlicher Bedarf besteht, verlangen. Dieses Erziehungsprogramm wird durch Propaganda weiter vermittelt.“ (S. 148f.) Die Nutznießer des aktuellen Status, in dem sich die Welt im Roman befindet, betrachten die Naturschützer als Menschen, die sich gegen ein noch fortschrittlicheres und besseres Leben sträuben, und bezeichnen sie als: „Eiferer, die behaupten, die moderne Zivilisation beute unseren Planeten aus. Albernes Zeug. Die Wissenschaft ist dem Versiegen natürlicher Rohstoffquellen immer einen Schritt voraus. [...] Jedes ihrer Argumente lief auf das eine hinaus: die natürliche Lebensweise sei die einzige richtige. Quatsch. Wenn die Natur unbedingt wollte, dass wir frisches Gemüse essen, dann hätte sie uns keine Nikotinsäure oder Ascorbinsäure gegeben, oder? [...] Es würde damit enden, dass er erzählt, die Welt ginge zum Teufel, das müsse man den Leuten klarmachen, und ich sage ihm, dass wir es bisher immer irgendwie geschafft haben. Und dass wir es auch diesmal schaffen werden.“ (S. 94). Interessante Parallelen zu dieser Beschreibung findet man in den durchaus provokanten Thesen des Zukunftsforschers John Naisbitt. Dieser ist nämlich davon überzeugt, dass ein Großteil von dem, was heute über die Umweltverschmutzung behauptet wird, schlichtweg hochgespielt wird. Darüber hinaus, so Naisbitt, neigen die Umweltschützer ohnehin zu Übertreibungen. Die Treibhausgase werden sich nach seinem Ermessen nicht in dem Maße auswirken, dass sie tatsächlich zu einem ernst zu nehmenden Problem für das künftige Leben auf dem Planeten werden. (ORF Science: Trendforscher Naisbitt: Umweltschützer übertreiben)

„Ich wollte, ich wäre vor hundert Jahren auf die Welt gekommen... Ich wollte, ich könnte irgendwo ein Stück Land bekommen und für mich allein arbeiten. [...] Wäre doch ganz

hübsch, mal wieder im Wald spazieren zu gehen. Kannst du dir vorstellen, wie viele Bäume es damals gab?“ (S. 163f.) So der verzweifelte Ausruf eines Erdenbewohners in Kornbluths und Cyrils zukünftiger Welt beim Anblick des Schmelztiegels einer Großstadt. Der Central Park in New York ist nunmehr ein unterirdisches Gängelabyrinth, ein trauriger Schatten der einst so grünen Lunge des Big Apple: „Im Central Park, als wir Hand in Hand durch die dämmerig erleuchteten Gänge schritten, die Ewigkeit, die wir vor ihrer Tür standen [...]“ (S. 167f.) Die Freizeit verbringen diejenigen, die es sich noch leisten können, in so genannten Clubs (dabei handelt es sich um Landschaftsräume, die sich unter einer Schutzkuppel befinden): „Der Club ist geschmackvoll eingerichtet, und das ist nur recht und billig, denn der Beitrag ist nicht gerade billig. Außer dem Golfplatz, dem Tennisplatz und den anderen Sportanlagen besteht der gesamte Nordteil des Raumes aus Wald, es gibt mehr als ein Dutzend herrlich nachgebildete Bäume – und mindestens zwanzig Erholungskabinen zum Lesen, Fernsehen und zu anderen unterhaltsamen Dingen.“ (S. 180f.) Den Menschen ist der Aufenthalt im Freien nur noch zeitbegrenzt, und auch das nur mithilfe von Smogfiltern (einer Art Anti-Ruß-Stöpsel), möglich. Dass dies leider in vielen Schwellenländern bereits Realität sein könnte, dürfte uns allen nicht entgangen sein. Diese Länder sind die ersten, die den Preis für den rasanten turbokapitalistischen wirtschaftlichen Aufstieg bezahlen. Aktuell leiden vierhundert Millionen Menschen weltweit unter einer 23-fachen, über den erlaubten Richtwert der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Smogbelastung. (Die Welt: Luftverschmutzung wie „im nuklearen Winter“) Dass sich auch daraus Profit schlagen lässt, ist traurig. In China werden bereits Hunderte von Millionen Euro pro Jahr für Anti-Smog-Produkte, und das erinnert auf ernüchternde Weise an die Anti-Ruß-Stöpsel aus Eine Handvoll Venus, ausgegeben. Trotz Luftreinigungsanlagen (die an öffentlichen Gebäuden und Privatwohnungen ähnlich wie Klimaanlage angebracht werden), Atemmasken oder Frischluft in Dosen (und dies übersteigt sogar die Fantasie der Science-Fiction-Autoren)

wird die Zahl der Todesopfer infolge von Luftverschmutzung allein in Chinas Hauptstadt auf 17.000 geschätzt. In Peking an der International School of Beijing sind, ähnlich wie in Eine Handvoll Venus, Clubs bzw. riesige Sauerstoffzelte konstruiert worden, in denen die Schüler unbeschadet ihre Freizeitaktivitäten ausüben können. (Zeit Online: Wirtschaft. Das Geschäft mit dem Smog boomt)

Was neben der reinen Luft für die Menschheit von wesentlicher Bedeutung ist, nämlich das Wasser – auch darüber berichten die Autoren auf beängstigend realistische Weise: „Am Wechselschalter wechselte ich die Banknoten und betrat den Waschraum. Ich wollte auf jeden Fall unter die Dusche und wäre gern ein wenig allein gewesen, aber ich fürchtete, mich durch vornehme Allüren zu verraten. Die Frau und ich warfen unsere Münzen zusammen für fünf Minuten Salzwasser und dreißig Sekunden Frischwasser mit Seife.“ (S. 203f) Das frische Süßwasser ist dermaßen rar, dass das sehr teuer aufbereitete blaue Gold sich nur noch die wenigsten leisten können. Alle anderen müssen sich wohl oder übel mit Salzwasser zufrieden geben. Der Earth Security Index 2014 (<http://earthsecurity.org/index/EarthSecurityIndex.pdf>), der verschiedene Länder auf Ressourcen, Gesellschaft und Finanzen untersucht, hat gezeigt, dass diese Wasserknappheit – allen voran in den Schwellenländern Indien und China, die ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen – ein sehr hohes Konfliktpotenzial in sich birgt. Während in China über die Hälfte des Grundwassers durch Industrie und Tierhaltung verunreinigt ist, verbraucht Indien 37% mehr, als es auf natürlichem Wege zurückgewinnen kann. Dass eine Folge davon erhöhte Lebensmittelpreise und Hungersnöte nach Ernteaussfällen und Exportstopps sind, ist traurige Realität. Dass die daraufhin entstandenen landesinternen Konflikte auf Nachbarstaaten übergreifen, ist ebenfalls auf Durst, Hunger und Verzweiflung zurückzuführen. Ob ein rasant ansteigender Lebensstandard der Schwellenländer (und die Industriestaaten sind leider kein gutes Vorbild) ohne das Zugrunderrichten des Planeten möglich sein wird, ist fraglich. (Spiegel Online: Wissenschaft. Sicherheitskonferenz. Studie warnt vor Wasserkrise in

China und Indien)

Damit weder die in Eine Handvoll Venus beschriebenen Zustände Realität werden, noch die im Earth Security Index aufgezeigten potentiellen Konflikte eskalieren, ist jeder von uns gefragt. Inspirierend und motivierend sind dabei Geschichten von Einzelkämpfern und Idealisten, die Hermann Hesses Worten „Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden“ in die Tat umsetzen. Ein Beispiel hierfür: die Initiative des so genannten Guten Menschen von Mumbai. Der auf der Straße aufgewachsene siebenund-siebenzigjährige Autor und Maler Aabid Surti hat eine Mission: Wasser sparen! Dafür scheut Surti keine Mühe. Seit Jahrzehnten zieht er zusammen mit einer Assistentin und einem Installateur in der Millionenmetropole Mumbai von Haus zu Haus, um auf eigene Kosten tropfende Wasserhähne zu reparieren. Seinen Aufzeichnungen ist zu entnehmen, dass er alleine in den Jahren 2007 und 2008 mit der Reparatur von 3.841 Wasserhähnen mehr als vier Millionen Liter Wasser gespart hat. Surti Antwort auf die Frage: „Was passiert, wenn du etwas Gutes für die Gesellschaft tun möchtest?“ lautet: „Das ganze Universum hilft dir!“ (Südwind. Magazin für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung. Welt-Reportagen: Wassersparen in Mumbai. Der Gute Mensch von Mumbai)

Aber wie können wir dazu beitragen, die Welt ein bisschen besser zu machen? Wir, die Hand aufs Herz, es nicht mehr nötig haben, nach einem noch höheren materiellen Lebensstandard zu streben? Ist es die Sache überhaupt wert, noch mehr Konsumgüter zu besitzen, wenn wir dafür nicht mehr die Möglichkeit haben werden, die einfachsten Dinge des Lebens zu genießen? Nein, ist es nicht, behauptet der britische Journalist und Buchautor von Anleitung zum Müßiggang, Schöne alte Welt und Die Kunst frei zu sein Tom Hodgkinson. Der aus der oberen englischen Mittelklasse stammende Cambridge-Absolvent ist davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft an einsamem Streben, an Gier, Konkurrenz und Verschwendung leidet. Mit seinem provokanten Aufruf zur Faulheit will er Menschen wachrütteln und ihnen zeigen, dass der Konsum nur ein Trost für Nine-to-Five-Jobs, für Pendlerschick-

sale, für ungesunde, im Gehen verzehrte Mahlzeiten, für Meetings und für Marketing-gefasel ist. Für Hodgkinson ist und bleibt der Konsumverzicht die Grundlage für ein freies und besseres Leben. Damit meint er aber weder das Verzichten auf gutes Essen und Trinken noch auf Bücher oder andere Gegenstände, die wir inzwischen lieb gewonnen haben. Er ist nämlich davon überzeugt, dass sich der Mensch primär auf das Wesentliche konzentrieren sollte, anstatt sich für Überflüssiges versklaven zu lassen. Denn gerade diejenigen, die es sich wie er leisten können und wollen, würden neben der Beispielfunktion für zukünftige Generationen und für mehr Zufriedenheit und Lebensfreude auch einen wesentlichen Beitrag für die gesamte Umwelt leisten. (Zeit Online: Kommen wir hier noch raus?) Haben wir also den wahren Wert der Dinge vergessen? Sind wir wirklich, wie Oscar Wilde es einst formuliert hat, zu Zynikern geworden, die von jedem Ding den Preis und von keinem den Wert mehr kennen? Wiegen wir nunmehr wirklich alles nur in Geld und Konsumgütern auf? Dass das nicht immer so sein muss und dass ein Umdenken auch tatsächlich stattfinden kann, haben die Bewohner eines Hamburger Stadtviertels, des Gängerviertels bewiesen. Ende August 2009 haben rund 200 Künstler das vom Abriss bedrohte historische Viertel der Hamburger Innenstadt besetzt und das Zahl-so-viel-du-willst-Prinzip eingeführt. Seitdem sind etliche Jahre vergangen und das Prinzip Zahl so viel du willst (für Getränke, Ausstellungen, Lesungen und Konzerte) ist geblieben.

Ziel solcher Initiativen war und ist es, die Menschen dazu anzuregen, über das eigene Konsumverhalten und über den tatsächlichen Wert der Dinge zu reflektieren. (Spiegel Online: „Pay what you want“ im Gängerviertel: Wo geiz nicht geil ist) Denn: „Im Fall des konsumistischen Paradigmas gehören zu den Grundüberzeugungen, die geändert werden müssten, der Glaube, dass mehr Dinge glücklicher machen, dass permanentes Wachstum gut ist, dass Menschen von der Natur völlig getrennt sind und dass die Natur ein Ressourcenlager ist, das für

menschliche Zwecke rücksichtslos ausgebeutet werden sollte.“ So Erik Assadourian, Direktor des Worldwatch Institute. Und dass es auch andere Wege gibt, die entgegen dem Mainstream zu Glück und Zufriedenheit führen können, indem Menschen für gemeinsame ökologische Werte einstehen, davon zeugen die Geschichten von Aabid Surti, Tom Hodgkinson und die der Künstler des Gängerviertels. Denn wie in Eine Handvoll Venus der Held der Geschichte sich letztlich dazu entschließt, in einer aussichtslosen Lage den Werbeagenturen den Rücken zu kehren und zu den Welt-naturschützern überzulaufen, zeigen uns Helden des Alltags, Weltverbesserer und Pioniere des Wandels, dass es nie zu spät ist, etwas zu unternehmen, damit es zum Wandel kommt.

Literatur

- Assadourian, Erik: Zur Lage der Welt 2010, Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil, oekom, 2010.
- Pohl, Frederik, Kornbluth M. Cyril: Eine Handvoll Venus. München, Heyne, 2009.
- ORF Science: Trendforscher Naisbitt: Umweltschützer übertreiben (<http://sciencev1.orf.at/news/45085.html>).
- Die Welt: Luftverschmutzung wie im nuklearen Winter (<http://www.welt.de/vermischtes/article125217875/Luftverschmutzung-wie-im-nuklearen-Winter.html>).
- Zeit Online: Wirtschaft. Das Geschäft mit dem Smog boomt (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-01/china-smog-luftreiner-gesundheit>)
- Earth Security Initiative: The Earth Security Index 2014 (<http://earthsecurity.org/wp-content/uploads/2014/06/EarthSecurityIndex.pdf>).
- Spiegel Online: Wissenschaft. Sicherheitskonferenz. Studie warnt vor Wasserkrise in China und Indien (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/sicherheitskonferenz-stu-die-warnt-vor-wasserkrise-in-china-und-indie-n-a-950618.html>).
- Südwind. Magazin für Internationale Politik Kultur und Entwicklung: Wassersparen in Mumbai. Der Gute Mensch von Mumbai (<http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?ID=253516&rubrik=2&ausg=201305>).
- Zeit Online: Kommen wir hier noch raus? (<http://www.zeit.de/2011/35/Hodgkinson-Lon-don>).
- Spiegel Online: Wirtschaft. „Pay what you want“ im Gängerviertel: Wo Geiz nicht geil ist (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hamburg-gaengeviertel-jeder-bezahlt-was-er-will-a-950476.html>).

Fred Pearce: Wenn die Flüsse versiegen

Rezension von Marko Ferst

Alle Welt redet von schwindenden Energie-ressourcen; dass sich daneben eine ungleich gravierendere Wasserkrise anbahnt, ist bis jetzt kaum ins Bewusstsein gedrungen. Selbst wer umweltbewusst zu Hause Wasser spart, weiß selten, wie viel »virtuelles Wasser« er über Nahrung und Kleidung tatsächlich verbraucht: 5.000 Liter Wasser sind nötig, um ein Kilo Reis zu erzeugen, 11.000 Liter für das Rindfleisch eines Hamburgers, unglaubliche 20.000 Liter stecken in 1kg Kaffeepulver. Kein Wunder, dass sich die Flüsse der Welt in atemberaubendem Tempo leeren – während durch Überregulierung andererseits die Flutgefahr dramatisch steigt. Längst weiß man, dass gigantomatische Bewässerungs- und Staudammprojekte eine enorme ökologische und ökonomische Verschwendung darstellen. Doch schon geht man weltweit dazu über, auch die unterirdischen Wasserreservoirs leer zu pumpen. Ressourcenkriege um Wasser bahnen sich an, denn: Ohne Öl können wir zur Not

leben, ohne Wasser sicher nicht. Fred Pearces Berichte lesen sich wie Kriminalgeschichten und geben zugleich einen umfassenden Überblick über die Wasserkrise und ihre Auswirkungen. Nach der „grünen Revolution“ der 1970er Jahre, mit der eine wachsende Weltbevölkerung vor dem Hunger bewahrt werden sollte, ist nun eine „blaue Revolution“ nötig, um unser wichtigstes Lebens-Mittel, das Wasser, zu retten. Fred Pearce ist Umweltberater des New Scientist-Magazins und schreibt als Wissenschaftsjournalist für Medien wie Independent, Times, Boston Globe und Ecologist. Für seine internationalen Reportagen über Umwelt- und Entwicklungsfragen erhielt er mehrere Preise; 2001 wurde er zum britischen Umweltjournalisten des Jahres gekürt. Fred Pearce ist Autor von 13 Büchern und lebt in London.

Pearce, Fred: Wenn die Flüsse versiegen, 400 Seiten, Kunstmann, 2007, 24,90 €.

Der ökologische Countdown läuft.

Alan Weisman erkundet, wie wir das Wachstum der Weltbevölkerung bremsen könnten

Rezension von Marko Ferst

Alle 4,5 Tage vermehrt sich die Bevölkerung auf unserem Globus um eine Million Menschen. Hochgerechnet auf ein Jahr kommt mit 81,1 Millionen Zuwachs knapp ein neues Deutschland an Menschen dazu. Erst 1815 überschritt die Weltbevölkerung die Grenze zu einer Milliarde Menschen. Alan Weismann reiste für sein neues Buch in über 20 Länder, sprach mit Experten und wertete Erfahrungen in den verschiedenen Regionen der Welt aus und ging der Frage nach, wie kann sich die Menschheit selbst begrenzen, ohne dass es am Ende, die Naturgewalten sind, die den Zuwachs aufhalten. Es ist eine spannend zu lesende Reportage-

landschaft, mit vielen wenig vertrauten Erkenntnissen. Dabei zeigt er, wie wir den „Teppich“ ökologischer Verknüpfungen immer weiter auflösen. Er besucht Regionen mit extremen Bevölkerungswachstum wie Niger, Indien und die Philippinen und stellt Länder gegenüber, denen es erfolgreich gelang, hohe Geburtenraten zu mindern. Am Beispiel Japan analysiert er, wie sich Gesellschaften mit schrumpfender Bevölkerung den daraus entspringenden Herausforderungen stellen können. Der Band erörtert auch, wie kurzsichtig es ist, mit Verweis auf sich leerende Rentenkassen in Deutschland mehr Geburten

anregen zu wollen. Angesichts der drohenden Klimawirren – der Ausstoß der globalen Kohlendioxidmenge wurde seit 1990 um 50 % erhöht – ist absehbar, dass wir am gefahrvollsten Szenario entlangschrammen werden.

Überschreitet bei Mais die Temperatur Schwellenwerte von 28,8 Grad Celsius und bei Sojabohnen 30 Grad Celsius, sinken die Erträge, nicht zu reden von zunehmenden Wetterkapriolen. Hinzu kommt, dass wichtige Kornkammern der Welt der Ausbreitung trockener Gebiete zum Opfer fallen könnten, so Weisman. Auch für zahlreiche Reisanbaugebiete sieht die Prognose schlecht aus. Der Norden Kanadas und Sibiriens eignet sich nicht als neuer Brotkorb. Auf sauren Taigaböden wächst einstweilen kein Getreide bei wärmerem Klima. Wenn eine Welt mit künftig neun oder zehn Milliarden Menschen auf gravierende Klimaumbrüche trifft, sind Massensterben die logische Konsequenz. Es wird auch keine zweite „grüne Revolution“ geben, bei der erneut die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden könnte.

Dabei ist die Lage schon jetzt kritisch. Bei sieben Milliarden Menschen sind eine Milliarde chronisch unterernährt, 16.000 Kinder verhungern täglich. Weisman argumentiert, würden Nahrungsmittel gerechter verteilt, statt damit Profit zu machen, ließe sich dieser Skandal sicher lindern. Überdies wird fast ein Drittel der eisfreien Landmasse unseres Planeten als Weidefläche oder für Viehfutter genutzt. Die Hälfte der globalen Weizenernte verfüttert man ans Vieh. Eine vegetarische oder fleischarme Ernährung könnte die Lage entspannen. Freilich bleibt dagegen zu halten, eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft benötigt mehr Fläche, angesichts geringerer Erträge.

Zu den erfolgreichsten Ländern, in denen die Bevölkerungsbegrenzung gelang, gehört der Iran. Noch 1956 brachten die Frauen dort im Schnitt 7,7 Kinder zur Welt. In weniger als 25 Jahren fiel die Quote auf 1,7 Kinder pro Frau. Bemerkenswert insbesondere, weil kein Gesetz verbot wie in China mehr Kinder zu bekommen. Gleichzeitig erwies sich das iranische Vorgehen aber als ähnlich erfolgreich wie im Reich der Mitte. Eine an sich sinnvolle Maßnahme, führte bei der Umsetzung in den chinesischen Provinzen immer wieder zu entsetzlichen

Tragödien in den 1980er Jahren.

Als Schlüssel im Iran erwies sich die Bildung für Frauen, die jetzt mehr als 60 % der Studierenden an iranischen Hochschulen ausmachen. Eheleute bekamen vor der Heirat einen Pflichtkurs in dem u.a. aufgezeigt wurde, wie viel es kostet, ein Kind aufzuziehen. Bis ins letzte Dorf gelangte die Aufklärung. Verhütungsmittel wurden im ganzen Land angeboten. Wie wichtig das ist, zeigt Pakistan, wo nur 13 % der Frauen Zugang dazu haben, mit negativen Rekorden beim Bevölkerungswachstum, was sich dann auch in der ökologischen Übernutzung der Naturressourcen dort widerspiegelt. Unstrittig ist, dass Länder mit hohen Geburtenzahlen darin unterstützt werden sollten, diese zu senken. Jede/r muss über Verhütungsmittel verfügen können, im Zweifel kostenfrei.

Rund 140.000 Tier- und Pflanzenarten pro Jahr, abhängig von deren Gesamtartenzahl, sterben derzeit aus. Ein zentraler Grund dafür ist das Vordringen des Menschen in immer neue Regenwaldareale und die Zerstörung des Regenwalds als artenreichstes Refugium. Neben Konzerninteressen ist dabei auch der Bevölkerungsdruck ein zentraler Faktor. Gleichwohl hinterlässt ein Inder gegenüber dem Amerikaner einen vielfach geringeren ökologischen Fußabdruck. Dies ist Weisman durchaus klar, aber es würde erfordern, dass man die vollständige solare Energiewende in nur wenigen Jahren vollziehen muss und der Durchsatz an Material und Energie in den reichen Industrieländern um mindestens den Faktor zehn zu reduzieren wäre, z.B. durch einen tiefgreifenden ökologischen Umbau des Steuersystems. Energie- und Materialverbrauch statt Arbeit wäre hoch zu besteuern.

Weisman ist Professor für internationalen Journalismus an der Universität von Arizona. In „Die Welt ohne uns“ ging er der Frage nach, wie sich die Natur unseres Planeten entwickeln würde, wenn der Mensch von einem Tag auf den anderen fehlen würde. Ein spannendes ökologisches Szenario, mit dem ihm ein Bestseller gelang, der in mehr als 30 Sprachen übersetzt worden ist. Zuvor zeichnete er in einem Buch dem Werdegang des kolumbischen Ökodorfes Gaviotas nach, wie es sich über Jahr-

zehnte in schwierigem politischen Umfeld immer wieder neu erfinden musste. Sein Buch „Countdown“ wurde gerade mit dem renommierten Los Angeles Times Book Prize in der Kategorie Science/Technology

ausgezeichnet.

Alan Weisman: Countdown. Hat die Erde eine Zukunft?, Piper Verlag,

2013, Hartcover mit Schutzumschlag, 576 Seiten, 24,99 €.

Ein Auszug erschien im Neuen Deutschland vom 6.5.2014.

Streifall Klimawandel

Rezension von Götz Brandt

Der Klimawandel ist für den Geografen Hulme kein Streitfall. Der kommt gewiss, durch den Menschen verursacht. Hulme ist sich sicher, dass die bisherigen Bemühungen der Staaten den Klimawandel nicht verhindern werden. Mit dieser Einschätzung hat er offensichtlich recht, denn die Klimagaskonzentration nimmt weltweit unaufhörlich zu. Die Staaten haben unterschiedliche wirtschaftliche Interessen und werden sich nicht einigen können. Hulme beschwört aber keinen Untergang der Menschheit, wie es Lovelock prophezeit (den er zitiert), sondern ist der Meinung, dass der Klimawandel als Risiko beherrschbar sein wird. Wir werden weiter in Wohlstand leben. Die Wissenschaft wird zukünftig sicherlich bezahlbare Technologien zur Kohlenstoffverminderung finden, meint Hulme.

Hulme interessiert beim Klimawandel nicht die physikalischen Phänomene, sondern die gesellschaftlichen. Die Bedeutung des Klimawandels sieht er sowohl als „wissenschaftliche Kontroverse“, als auch als Rechtfertigung für die Kommerzialisierung der Atmosphäre, als Inspiration für gesellschaftliche Bewegungen gegen die „ruchlosen Praktiken der Globalisierung“ sowie als Bedeutung für die ethnische, nationale und globale Sicherheit. Wie reagieren Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften auf diesen Wandel, wie verläuft die Debatte zwischen den Meinungsführern und was kann sie bewirken, um den Klimawandel zu stoppen? Diesen Fragen geht er nach.

In sieben Kapiteln untersucht Hulme, wie die Wissenschaft, die Ökonomen, die Religionen, die Psychologen, die Medien, der Fortschritt und die Staatsführungen auf den Klimawandel reagieren, unterschiedlicher Meinung sind und

ihn unterschiedlich bewerten. Klimawandel wird in der Debatte vieldeutig benutzt, um Ideologien von Rassismus zu verbreiten, die menschliche Herrschaft über die Natur zu beschwören, die Heiligkeit einer unberührten Natur zu fordern und auch, um Stabilität gegenüber Wandel zu unterstützen. Bei diesen Untersuchungen offenbart der Autor ein enzyklopädisches Wissen, das man bei einem Geografen nicht unbedingt vermutet. Hulme erwartet, dass die Menschen in der Debatte um den Klimawandel ihre Einstellungen ändern, weiter entwickeln und zu Lösungen kommen. Allerdings haben wir nach Meinung der Klimaforscher höchstens noch zehn Jahre Zeit für eine solche offene Diskussion, in der wohl kaum mit einer weltweiten Übereinstimmung gerechnet werden kann.

Jeder durch Klimawandel verursachte Schaden wird von zukünftigen Generationen getragen. Aber das Konsumverhalten zeigt, dass wir lieber heute konsumieren, als dass wir unseren Konsum einschränken, selbst, wenn wir wissen, dass unsere Nachkommen das ausbaden müssen. Die Kosten eines ungemilderten Klimawandels schätzt der Stern-Report mit 5 bis 20 % des globalen BIP ein. Da müssen sich zukünftige Generationen erheblich einschränken. Dennoch geht der Weltklimarat von einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,3 bis 3,6 % aus, was bedeutet, dass die Weltwirtschaft bis 2050 sich um 70 bis 600 % vergrößern wird. Da der Klimawandel das größte Marktversagen ist, das die Welt je gesehen hat (Stern-Report), ist von der Wirtschaft keine Lösung des Problems zu erwarten. Hulme distanziert sich aber davon, dass der Klimawandel durch „den freien Markt und der vom Konsum und Kapitalismus getriebenen Wirtschaft“

verursacht wird. Das ist umso verwunderlicher, als ja bekanntlich in England der profitgetriebene Raubtierkapitalismus und die industrielle Massenproduktion zuerst eingeführt wurden. Diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Fehlentwicklung, die über die Ausplünderung unseres Planeten zum Untergang der Zivilisation führen kann, wird von Hulme ignoriert.

Die Mehrheit der Bürger dieser Welt ist dafür, dass der Klimawandel aufgehalten oder zumindest verlangsamt wird. Die Menschen sind aber noch nicht mehrheitlich zu der Erkenntnis gekommen, dass der Klimawandel eine grundlegende Veränderung der Wirtschaft und Gesellschaft verlangt. Eine „Reform“ des globalen Kapitalismus reicht nicht aus. Klimaforscher Schellnhuber, der Kanzlerin Merkel berät, ist der Meinung: „Sollten wir 2 °C überschreiten, wird die Hölle losbrechen.“ Die globale Erderwärmung wird Millionen Menschen

das Leben kosten. Niemand kann Klimawandel sehen oder fühlen, die Risiken sind schwer zu lokalisieren. Aber Klimawandel ist bereits tödliche Realität. Wir stellen fest, dass die Industrialisierung weiterhin zunimmt, die Bevölkerung wächst, die Ressourcen sich erschöpfen und die Umwelt sich verschlechtert. Verantwortlich sind die Vereinten Nationen, die einzelnen Regierungen, die Unternehmer und Shareholder und jeder einzelne Bürger. Obwohl sich die weltweite Temperatur weiter erhöht, der Meeresspiegel weiter steigt, das Wetter verheerenden Schaden anrichten wird, ist Hulme der Meinung, dass in dieser Generation und auch in der nächsten die Klimastabilisierung noch nicht ganz oben auf der Problemliste der Menschheit stehen wird. Das sind die Erkenntnisse von Hulme.

Mike Hulme: Streitfall Klima, oekom Verlag, München 2014, 400 Seiten,
24,95€ ISBN 978-3-86581-459-3

Armutrisiko Energiewende. Mythen, Lügen, Argumente

Rezension von Marko Ferst

Die Energiewende ist unter Beschuss. Im Jahr 2012 wurden Solaranlagen mit einer Leistung von rund 7,6 Gigawatt (GW) installiert. Eine gewaltige Menge mit der fast zwei Millionen Vier-Personen-Haushalte versorgt werden können. 2013 kamen weitere 3,3 GW hinzu. Eigentlich ein Grund zur Freude. Immerhin liefern bis dato noch fossile Brennstoffe den größten Teil unseres Stroms, und die sind für den drohenden Klimawandel hauptverantwortlich. Zudem werden sie in mehr oder wenig naher Zukunft aufgebraucht sein. Gleichzeitig lehnt die große Mehrheit der Bevölkerung Atomkraftwerke ab – aus gutem Grund, wie zuletzt Fukushima gezeigt hat. Da sollte man doch meinen, dass es mit der Energiewende eigentlich nicht schnell genug gehen kann.

Aber statt als Erfolg präsentieren Medien, Industrievertreter und Regierungspolitiker die Nachrichten über den Ausbau erneuerbarer Energieträger als Schreckensszenario. Der

Strom werde unbezahlbar, die Versorgungssicherheit sei gefährdet, der Standort Deutschland bedroht. Die Botschaft ist klar: Es wird zur Jagd auf die Energiewende geblasen. Vor allem das Tempo des Umbaus missfällt. Erneuerbare Energieträger deckten nämlich 2013 in Deutschland schon gut 25 Prozent des Strombedarfs und gefährden damit zunehmend die Position der großen Energiekonzerne.

Deshalb plante die neue Bundesregierung noch vor der Sommerpause 2014 eine umfassende Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das den Erfolg von Sonne, Wind & Co. erst möglich gemacht hat. Mit diversen Maßnahmen sollen der weitere Ausbau verlangsamt, die Beteiligung von Bürgern erschwert und die Bedingungen für fossile Kraftwerke verbessert werden. Schon zum 1. August 2014 sollen die neuen Regeln in Kraft treten, einige sogar rückwirkend. Offen ist allerdings noch, ob genügend Landesregierungen mitspielen

werden, denn der Bundesrat wird ein wichtiges Wörtchen mitzureden haben.

In der aktuellen Propagandaschlacht scheint es derweil vor allem darum zu gehen, die von einer Mehrheit gewollte Energiewende in der Bevölkerung schlecht zu machen, damit die geplanten Gesetzesveränderungen im Rekordtempo durchgeboxt werden können. Insofern

stellt sich die Frage: Was ist dran an den vielen Mythen, Lügen und Argumenten, mit denen die Öffentlichkeit bearbeitet wird?

Wolfgang Pomrehn: Armutsrisiko Energiewende. Mythen, Lügen,

Argumente, „luxemburg argumente“ Nr. 4. - 2. aktualisierte Auflage von März 2014, 38 S., Internetversion:

<http://www.rosalux.de/publication/39097/armutsrisiko-energiewende.html>, Bestellung: info@rosalux.de



Leserbrief

Zunächst meinen herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum "20 Jahre Ökologische Plattform" und zu dieser Ausgabe, die der langjährigen, aufopferungsvollen Arbeit aller von ökologischem Verantwortungsbewusstsein geprägten Freundinnen und Freunde und Genossinnen und Genossen unserer Plattform voll entspricht. Mit dieser Ausgabe ist redaktionell eine ausgewogene Meinungs- und Themenvielfalt gelungen, die nachdenklich stimmt und Betroffenheit erzeugt. Große Betroffenheit!

Da ist es mir nicht nur ein Bedürfnis, Prof. Götz Brandt für seine stets mahnende, zwingend logische und im Detail bestechend wissenschaftliche gesamtgesellschaftliche Umweltbetrach-

tung, zu danken, es drängt mich auch, Marko Ferst meinen tiefen Respekt und meine wirkliche Hochachtung vor seinem Gesamtwerk zum Ausdruck zu bringen!

Meinen wirklichen Respekt auch vor Wolfgang Wipplers so tief traurigem und pessimistischem Resümee „Die künftige Gesellschaft wird sozialistisch und ökologisch sein, oder sie wird gar nicht sein.“ In seinen Schlussworten vergleicht er uns mit Don Quichote und Sancho Pansa, die „in leuchtendes Grün gewandet ... gegen die zu langsam mahlenden Mühlen der Partei anreiten.“

„Diese Wirtschaft tötet ...“, so Papst Franziskus in seiner Kapitalismuskritik vom November

Leserbrief / Impressum

2013! Wer hätte das gedacht, dass einst ein Papst unsere Partei DIE LINKE in ihrer Gesellschaftskritik so weit rechts liegen lässt. Dabei bezog er sich in seiner Äußerung bestimmt nicht auf die Wirtschafts- und Umweltpolitik von Ministerinnen und Ministern der Partei DIE LINKE in Brandenburg, in der aktuellen Umwelt- und Braunkohlendebatte. Aber diese P päpstliche Botschaft wirft Fragen auf!

Vor 20 Jahren war in unserem Selbstverständnis die Erklärung von Rio in ihrer Einheit von wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer gesamtheitlichen Betrachtung Maßstab unseres Denkens.

Vor zehn Jahren das zwingende Gebot, den Klimawandel zu stoppen und den deutschen Beitrag zum Kyoto-Protokoll in einem überschaubaren Zeitraum seiner Umsetzung bis 2020 auf wenigstens 30 % CO₂-Ausstoß festzuschreiben. Und heute?

Heute lassen wir es zu, dass klima- und umweltpolitische Ziele, ständig nach unten revidiert und auf Zeiträume verlängert werden, welche die sie beschließenden Genossinnen und Genossen aller Voraussicht nicht einmal erleben werden. Wie unseriös!

100% unglaubwürdig!

Wenn „diese Wirtschaft tötet“, dann ist es nach päpstlichen Worten der Kapitalismus, der tötet.

Zuerst die Umwelt, dann den Menschen!

Warum hören wir diese Worte nicht aus dem Munde Gregor Gysis? Was verbindet uns mit Ministerinnen und Ministern wie Ralf Christoffers oder Anita Tack? Die Einheit der Partei? Bitte, worin besteht denn noch diese Einheit? Und worin sind wir noch einer Partei (im Sinne von Gemeinschaft) in unseren Zielen? Nicht im Umwelt-, weltanschaulichen, auch nicht in Friedensfragen.

Für viele besteht sie im Wunsch nach Mitregentschaft. Ist das aber denn nichts anderes als hoch dotierte Mittäterschaft an Umweltvernichtung, Sozialabbau und Kriegsgeschrei? Also frei nach Tucholsky: „Wat brauchste en Gewissen. wenn de eenen Apparat hast.“ Mit Logik und Wissenschaftlichkeit kommen wir dem Opportunismus dieser Partei nicht mehr bei. Da brauchte es schon innerparteilichen Durchsetzungsvermögens - mit aller Konsequenz oder endlich einer eigenen antikapitalistischen, ökologischen und sozial gerechten Partei.

Also vielen Dank für die Tarantel Nr. 65, die ich als Aufforderung verstanden habe, meine Meinung niederzuschreiben.

Hochachtungsvoll

Hans-Joachim Börner, ehem. Umweltpolitischer Sprecher der WASG Brandenburg

Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 15.8.2014

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.11.2014

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/ Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BIC: BEVODE33XXX, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00,

Verwendungszweck Ökologische Plattform

Autorenangaben

Manfred Wolf, Hansjürgen Schulze, Christfried Lenz, Frank Roßband, Wolfgang Borchardt, Marko Ferst und Götz Brandt sind Mitglieder der Ökologischen Plattform bzw. ihres Sprecherrates.

Erika Czwing ist Mitglied des Sprecherrats der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum bei der Partei DIE LINKE.

Esther Redolfi ist Philosophin und Essayistin, Doktorandin an der Universität Innsbruck.

Bildnachweis

Titelbild und S. 19: Dieter Brendahl

S. 13: Abendsonne; (CC BY 2.0) Alfred Schierholz

S. 15: Braunkohle-Tagebau Jämschwalde Lausitz; (CC BY-ND 2.0) GuenterHH

S. 30: Klimawandel findet statt. Es ist Zeit zu handeln.; (CC BY-NC-ND 2.0) GLOBAL 2000

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de
oder oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030_2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter):
Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz,
ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz),
Tel. 030_22772485, Fax 030_22776485
eva.bulling-schroeter@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030_22772636, Fax
030_227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284,
eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel.
030_23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520_2875749
norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8, 28195
Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG
Umwelt, Energie, Verkehr)
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt_1, 20095
Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
hajo.zeller@die-linke-marburg.de
Tel. 06421163873
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz
1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und
Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin,
m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel._9385_5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)
info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr._6, 31787
Hameln, Tel. 05151_409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster,
Tel._0151_18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-
morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und
wohnungsbaupolitische Sprecherin)
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891_35290, an-sa-
kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.
0341_9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)
Marco Böhme, MdL, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1, 01067_Dresden,
jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel._0345_29418-63, (AG Umwelt)
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9,
39104 Magdeburg, Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,
andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321
Lütjenburg
Hans-Jürgen Schulze, hajue.schulze@googlemail.com, Öhlmüllentallee 1,
24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar-
und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de, Jürgen-Fuchs-Straße 1,
99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000
Maik Eisfeld maik_eisfeld65@yahoo.de
Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361_3772317, [kummer@die-
linke-thl.de](mailto:kummer@die-
linke-thl.de)

linke und ökologische Medien

Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
politik@nd-online.de
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer
Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030_44339147, [www.grueneliga-
berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-
berlin.de/raberalf)

Tarantel

Nr. 66
September
III/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
Einladung zur Tagung "Speicherung erneuerbarer Energie im Land Brandenburg und Mecklenburg/Vorpommern"	2
In eigener Sache	3
Bundestreffen der Ökologischen Plattform im Milower Land	3
Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE am 14. und 15.6.2014 in Milow	5
Verbände / Organisationen	6
Ein neuer Lieblingsfeind für die Klimabewegung	
Der Einfluss des Militärapparats auf den Klimawandel	6
Gesellschaftstheorie	8
Zur Begründung der marxistischen Ökologie durch Friedrich Engels' „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“	8
Gedicht	13
das klimamonster	13
Klima	14
Holzendlagerung kann die Atmosphäre sanieren und die Erderwärmung senken	14
Land- /Forstwirtschaft	15
Wachstum ja, aber anders	15
Agrotreibstoffboom verstärkt den Hunger	17
Natur- / Tierschutz	19
Exkursion im Rahmen des Bundestreffens	19
Bücherecke	20
Eine Handvoll Venus oder	
Von der Turbokonsumgesellschaft zur Ökologischen Wertegemeinschaft	20
Wenn die Flüsse versiegen	25
Der ökologische Countdown läuft.	25
Streitfall Klimawandel	27
Armutrisiko Energiewende. Mythen, Lügen, Argumente	28
Leserbrief	29
Impressum	30
Kontaktadressen	31